

# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Wausenpreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Geschiedt höchstens jährlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, am unteren Warten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2414. Verlag: Halberstädter Zeitungs-Verlag, O. m. b. H., Wernigerode, für Politik u. Wirtschaft: Verlag W. W. W. W., für den lokalen Teil: Wilhelm Kindermann, für Bekleidungs- u. Unterhaltungs-Teil: Kurt Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die aufgetragene Rowelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Befragungsliste 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgabetermin ist der bei Zustellung vorliegende letzte Freitag, für die Anzeigen von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2414), Postfach 48, Magdeburg 4826 und Selbstbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 246

Mittwoch, den 21. Oktober 1931

6. Jahrgang

## Gemeindenot.

### Die kommunalen Spitzenverbände legen ihre Finanzlage dar.

Alle kommunalen Spitzenverbände haben sich am Dienstag zum ersten Male zusammengefasst, um in Berlin gemeinsam vor Vertretern der Presse Ausführungen über die Not der Kommunen und der Kommunalverbände zu machen.

Die Finanzpolitik des Reiches hat während der ganzen Zeit, in der man mit Notverordnungen regiert, zweifellos den Fehler gemacht, ihren Etat ohne Rücksicht auf die Haushalte der Länder und Gemeinden festsetzen zu wollen. Die Folge musste sein, dass der mühsam erzielte Ausgleich im Reichsstatut durch die finanzielle Situation in den Ländern und Gemeinden illusorisch gemacht wird. Vor dieser Lastade stand das Reich bereits vor einem Jahre. Vor dieser Lastade steht es auch heute. Das Reich leugnete nicht, dass die

Steigerung der Wohlfahrtsverbräuche in diesem Winter. Die Gemeinden rechnen damit, dass die Zahl der Wohlfahrtsverbräuche mindestens 1,7 Millionen betragen wird. Demnach ist die durchschnittliche Wohlfahrtsverbräuchsausgabe in diesem Winter auf 1,5 Millionen zu beziffern. Die Verbräuchsausgabe daraus wird voraussichtlich 40 Millionen Mark betragen. Andererseits fällt der

Rückgang der Gemeindeeinnahmen an. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist nach den Schätzungen der Städte damit zu rechnen, dass allein bei der Ueberwälzung der Steuern mit einem Rückgang von 140 Millionen Mark — man schätzte ursprünglich auf 100 Millionen Mark — zu rechnen ist. Das Gemeindebudget vergrößert sich daher wenigstens um 40 Millionen Mark. Schließlich ist aber die Reichsregierung den Voranschlägen der Städte, in der logenommenen gehobenen Forderung eine Restlingsausgabe vorzunehmen, nicht gefolgt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen dabei auf ein Erparnis, die sie auf 25 Millionen Mark veranschlagen, verzichten.

Man muß leider gestehen, dass die Schätzungen der Städte den Tatsachen schon entsprechen werden. Demnach hatte das Reich den Städten 230 Millionen Mark für die Wohlfahrtsverbräuchsausgaben zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen der Reichsregierung und die Wirtschaftsentwicklung belaufen aber die Städte mit einer Summe von 205 Millionen Mark. Für die Städte bleibt also nicht viel übrig. Dazu ist zu berücksichtigen, dass schon am 1. April 1932 eine neue Mehrbelastung durch die

Senkung der Haussteuer eintritt. Das ist die Krönung der Misere. Man hat so viel nach einer Senkung der Haussteuer gerufen, ohne sich ein Bild darüber zu machen, wie sich die Senkung der Haussteuer finanziell auswirken wird. Wenn man den Haussteuerer unbedingt ein Gefüge machen will, muss man sich darüber klar werden, wie man dieses Gefüge bezahlt.

Ingefaßtes der ganzen Entwicklung berufen sich die Organisationen der Städte und Gemeinden darauf, dass das Reich die finanzielle Entlastung, die es zugesagt hat, unbedingt gewähren müsse. Wie die Gemeinden alle Kräfte angepanzt hätten, um die Arbeitslosen zu ernähren, so müsse das Reich daselbst tun. Insbesondere empfiehlt der Präsident des Deutschen Städtebundes, Dr. Wulert, die

Bereinstellung in der Arbeitslosenliste und Arbeitslosenfürsorge. Er erwartet daraus eine Erparnis von über 100 Millionen Mark.

Gemeinden mit der Sorge für die Wohlfahrtsverbräuche die Hauptlast der Krise tragen. Der Reichsfinanzminister hat deshalb in der letzten Notverordnung für die Zwecke der Wohlfahrtsverbräuchsausgabe einen Betrag von 170 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der sich durch einen weiteren Betrag von 60 Millionen Mark, über den die Gemeinden nach der Juni-Notverordnung verfügen, auf 230 Millionen Mark steigert.

Mit diesen 230 Millionen Mark müssen die Gemeinden nach Ansicht des Reichsfinanzministers über den Winter kommen. Die Gemeinden behaupten, dass das nicht gehe und machen auf Grund neuer finanzieller Belastungen der Gemeinden und Gemeindeverbände folgende Rechnung auf:

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Unterfrühjahrsgläubiger in der Arbeitslosenversicherung um 6 bzw. 4 Wochen gekürzt. Diese Verkürzung der Unterfrühjahrsgläubiger in der Versicherung bedeutet für die Gemeinden insgesamt eine Belastung von rund 30 Millionen Mark. Die letzte Notverordnung gibt den Ländern auch die Möglichkeit, die Landesbeihilfen (Verwendung mindestens der halben Erparnis aus der Kürzung der Staatsbeihilfen) zur Erleichterung der gemeindlichen Wohlfahrtsarbeiten nicht weiter zu gewähren. Das bedeutet eine Verschärfung der Gemeindefinanzlage um mindestens 70 Millionen Mark. Wenn gegenüber der Länder zum Teil Mittel aus dem kommenden Wohnbaufonds aus der Haussteuer für gemeindliche Finanzzwecke zur Verfügung stellen, ermächtigt daraus den Gemeinden keine nennenswerte Erleichterung, weil diese Mittel schon in der abgelaufenen Bauzeit verausgabt und festgelegt worden sind. Dazu kommt eine

## Vom Braunschweiger Kriegsschauplatz

### Der Verantwortliche.



Nazi-Minister Klages.

nach Geyer ist das Nazi-Theater völlig „disziplinert“ vertauscht. Darüber hinaus berichtet Geyer:

„Auf der einen Seite, nicht von der R. S., wurde teilweise das Theater aufgegeben, um einen Raum zu gewinnen. Auf der anderen (Nazi-)Seite wurden diese Angriffe beantwortet durch Stürme, die sich auch auf Häuser erstreckten und die eine ganze Menge Fensterzerbersten kosteten. . . Wenn die Zahl der Verletzten bis Montag im ganzen zwei Tote und über 70 Verletzte erreicht hat, so ist das auf die überaus große Teilnahme an der Tagung und auf die allseitig gereizte Stimmung zurückzuführen. Ein Einbruch der Reichswehr war nach Sage der Dinge in keinem Falle notwendig.“

Wie es in Wirklichkeit war, konnten unsere Leser erfahren aus dem Bericht des Reichsbanner-Vorstandes entnehmen.

Geyermann verfasst.

Aus Braunschweig wird gemeldet, dass der Mörder des Arbeiters Fischer, ein gewisser Hermann aus Plauen, nach einer Mitteilung der Plauerer Polizei nicht der NSDAP angehöre. Im Urtel soll sich Geyermann inzwischen der Polizei in Jamburg gefeilt haben.

### Der Stab.

Während der Holentzparade in Braunschweig wohnte Hitler im Borsenhof. Gemeinsam mit ihm wohnten dort der ehemalige Erbprinz von Mecklenburg Friedrich Friedrich Franz und der ehemalige Erbprinz von Waldeck und Pyrmont.

Währenddessen stürmten die Banden des Herrn Hitler und der Gefürzten Arbeiterführer in Braunschweig. Die Front ist ebenso klar wie die Auftraggeber es sind.

### Schlägereien in Wolfenbüttel.

Braunschweig, 20. Okt. (Eig. Draht). In der Nacht zum Dienstag und am Dienstagmorgen kam es in Wolfenbüttel, das immer noch eine Nazi-Kaserne beherbergt, zu schweren Schlägereien zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten. Es fielen mehrere Schüsse. Mit Zantantaten, Knüppeln und Stäbchen wurde gekämpft. Die Polizei mußte von der Schutzmannschaft Gebrauch machen. Auf beiden Seiten gab es mehrere Verletzte.

## Der mandschurische Konflikt.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Shanghai, Mitte Oktober. (Eig. Draht.)

Ungeachtet der formellen Bereitwilligkeit Japans und Chinas, die Auszehrung des mandschurischen Streitfeldes des Schiedsgerichtsbarkeit des Völkerbundes zu unterwerfen, zucht das Völkerrecht in fernem Osten weiter. Es besteht vorläufig nicht die Gefahr, dass der Konflikt in einem kriegerischen Zusammenstoß ausartet, aber es hat sich doch ergeben, dass die Materialität von Genf nicht so leicht, wie man zu hoffen von Feindfeindfeinden durch einen Wagnispruch zu verbinden. Der mandschurische Fall ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr die Methode des Völkerbundes für jenseits des europäischen Kreises liegende Komplikationen reifensbedürftig ist.

Eine Betrachtung der Verhältnisse in der Mandchurei führt zur Feststellung, dass die Spannung zwischen den beiden großen Mächten des fernsten Ostens diese Gründe hat und nicht einfach am grünen Tisch aus der Welt gestrichelt werden kann. Vom Brandherd gefolgt werden, dann sind andere und stärkere Mittel als die der reinen Diplomatie nötig, weil die mandschurischen Differenzen wirtschaftliche und soziale Ursachen haben. Hinter den chinesischen Verträgen gegen die japanischen Rechte in der Mandchurei steht die Erhaltung eines Volkes, das sich durch politische Kampfmittel in seinen natürlichen Rechten und in seiner natürlichen Freiheit die Mandchurei aus einer Fremde zu einem dem bevölkerungsreichen fidschunischen Eigenheim, die sich vor Dairen bis nach Chargin zieht, stoßen die großen, die Welt des Ostens bemengenden Ideen hart aufeinander. Japan spielt hier die Rolle des Ruhestuhlers von kolonialen Konzeptionen, die mit Hilfe militärischer Kampfmittel erzwingen worden sind und, mit Hilfe militärischer Kampfmittel schließlich aufrecht erhalten werden, während chinesische Freiheit die Mandchurei aus einer Fremde zu einem dem bevölkerungsreichen Lande mit wachsender Bedeutung für die Weltwirtschaft gemacht hat. Obwohl Japan seit ein halbes Jahrhundert im Besitz dieses wertvollen Stückes Erde ist, das nicht vor seinen Inseln und an der Grenze seines foranischen Besitzes auf dem asiatischen Festlande liegt, hat es sich darauf beschränkt, dort mit europäischer Kolonialpolitik entstehen Methoden zu arbeiten. Japaner sind die Befürworter der reinen Bodenpolitik der industriellen Unternehmungen und Kaufleute, die das chinesische Proletariat mit allen Bedürfnissen bis hinunter zum Kaufkraftverlangen. Dagegen haben sich Japaner in nennenswerter Zahl weder als Bauern noch als Arbeiter anzubieten vermocht, weil sie an die müde Seelst ihrer Heimat gewöhnt das nördliche Klima der Mandchurei nicht vertragen.

Soll dem Ausbruch der inneren Kriegen im Reich der Mitte hat sich von China für eine der merkwürdigsten Bevölkerungsbewegungen des 20. Jahrhunderts vollzogen. Millionen von Chinesen haben ihre Heimat in den nördlichen Provinzen des Landes verlassen, hunderttausende von ihnen sind am Wege umgekommen, aber ein Teil ist doch ans Ziel gelangt und hat sich in der Mandchurei eine neue Existenz aufgebaut, für die er die Mittel durch den Verkauf der Heimat erlangt hat und häufig sogar durch den feinerlichen Aufbruch hat. Mit der Konfliktierung des chinesischen Elements haben sich die Kriegsschauplätze zwischen japanischen Dienstleistungen und dem Zuanernden vergrößert, weil Japan seinen anderen Ausweg kennt, als sich des von unten her kommenden Drucks durch Gewaltmittel zu erwehren. Japan besitzt vertraglich dafür eine Reihe von Möglichkeiten. Es ist ihm erlaubt, zur Sicherung der Politik, die das Leben seines Hafens Dairen garantiert, eine Armee von 20.000 Mann in der Mandchurei zu unterhalten. Japanische Waren können von hier aus zollfrei in das Innere gelangen. Eine Million japanischer Unterthanen aus Korea findet im Lande auf verschiedene Art ihre Existenz. Die bis ans Äußerste gedrückten Rechte Japans bilden für die chinesische Bevölkerung eine Quelle dauernden Verragens. Chinesischerseits hat daher ein systematischer Kampf gegen die japanische Hegemonie begonnen, der mit allen seinen Zweifeln geführt wird, deren der Mensch des fernsten Ostens fähig ist, wenn er einem Mandschurigen ans Zeug will.

Die fidschunische Eisenbahn wird von dem Chinesen völlig sabotiert, so daß es allmählich aus einem Gebrauchsgegenstand ein mit dauernden Schwierigkeiten ringendes Verkehrsobjekt zu werden beginnt. Zu diesem Zwecke ist gegenüber von Dairen ein chinesischer Hafen Hsiliau gebaut worden, der mit dem chinesischen Bahnhofsnetz durch gute Verkehrswege verbunden ist. Beim Verlassen des Hafens von Dairen werden die japanischen Produkte von den lokalen Behörden mit doppelt hohen Zöllen belegt, wobei sie am Ort ihrer Bestimmung zollfrei zum Absatz kommen. Ueberdies auf inoffizielle Japaner sind an der Tagesordnung. Mit unveränderlicher Mäßigkeit macht die chinesische Polizei Jagd auf foranische Einmischer und befreit sie über die Grenze. Alle Vorstellungen der japanischen Regierung blieben monatelang erfolglos. Mit offener Feindschaft erklärte sich die chinesische Regierung für machtlos und brühte ihr Bedauern über die Verletzungen des Vertrages aus.

Der japanische Stolz dem nachfolgenden Chinesen gegenüber wird durch diese einige Politik der Radikalität aufs Tiefste verletzt, aber ein praktisches Mittel gegen die chinesische Abwehrkraft hat sich bisher noch nicht finden lassen. Die Gefahr wird immer größer, daß die einst für Japan so viel verheißende Mandchurei zu einem Posthaken der japanischen Rechnung werden wird.

Die japanische Geduld ist schließlich mit einer Bombe explodiert, mit der ein Haufe von 350 chinesischen Soldaten eine Brücke der fidschunischen Bahn niedrig von Mutden in die Luft ge-

# Beratungen des Landtages.

Berlin, den 20. Oktober 1931.

Vizepräsident Dr. von Riese spricht bei der Eröffnung der Sitzung, während sich die Abgeordneten von ihren Plätzen erheben, den Hinterbänken der Opfer des neuen

## Grubenunglück im Aufgebot

das Steilfeld des Landtags aus und wünscht den Verehrten baldige Genesung.

Der Leiter des Preussischen Grubenberufsamtes, Ministerialrat Rothe, erklärt, daß das Grubenunglück auf eine Schlagschlag-Erkrankung zurückzuführen sei. Die Säubungsarbeiten habe noch nicht festgestellt werden können. (Hört hört b. d. Komm. und Zuruf: „Das Lied singt Du jedes Mal!“) Der Regierungsvertreter teilt weiter mit, daß das jetzige Grubenunglück die erste größere Schlagschlagkatastrophe im Ruhrgebiet seit dem Jahre 1925 sei. Es handele sich also um einen bebauerlichen Rückschlag. Nach Abschluß der Untersuchung werde eine Entschädigung darüber zu treffen sein, welche weiteren Maßnahmen vom Grubenberufsamtsamt auf Grund des Untersuchungsergebnisses ergriffen werden müßten. Mit besonderer Betonung und Genugtuung weist Ministerialrat Rothe darauf hin, daß die Rettungsaktion vorbildlich gewesen sei. Bereits mehrere Stunden nach dem Unglück sei es möglich gewesen, die Verletzten zu bergen.

## Politisches Ausprache

bei der Präsentation der Anträge gegen die Staatsregierung usw. zu Grunde liegend.

Abg. Wolleber (Komm.) erklärt, die Ausprache habe den Charakter aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten erwiehen. Im Februar seien mehr als fünf Milliarden deutscher Schuldverpflichtungen fällig. Deshalb sei es lächerlich, wenn man behauptet, Deutschland habe neue Kredite zu erwarten. Seevering sei im Verzug, wenn er glaube, neben der Polizei würden auch die Gewerkschaften die kapitalistischen Interessen schützen. Das werde die rote Gewerkschaftsopposition zu verführen wissen. Unrichtig sei die Behauptung Seeverings, daß die Polizei gleichermäßen gegen Kommunisten und Faschisten vorgehe. Der Redner sucht im einzelnen nachzuweisen, daß die Polizei gegen Kommunisten viel scharfer vorgehe als gegen Angehörige anderer Parteien.

Abg. Steuer kritisiert die Amtführung des Abg. Haas als Oberpräsident in Kassel. Beamte, die am Volksgeld teilhaben, habe er „böse Streber“ genannt, „die den Anschlag nicht verpassen wollen.“ Auf scharfe Mißbilligung Seeverings wird eingeworfen.

daß Neuwahlen in diesem Winter nicht stattfinden könnten, weil dadurch die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Sollte die sozialdemokratische Partei etwa gar mit dem Gedanken spielen, die gesetzliche Termine für Neuwahlen nicht einzuhalten, dann würde da-

mit die Gefahr gewalttätiger Auseinandersetzungen ins Ungemessene wachsen. Einer nach einem solchen Staatsstreich noch im Amt befindlichen Regierung gegenüber würden die Beamten nicht mehr der Pflicht, sondern die Pflicht der Befehlsausführung verneinend. Die Erklärung des Zentrumsvorstandes, seine Partei werde keine Regierung der Notkinder unterstützen, las als Klarstellung zu begrüßen. Die nationale Opposition werde sich bei den Neuwahlen eine Lage schaffen müssen, in der sie nicht von dem guten Willen des Zentrums abhängig sei.

Abg. Greßler (Staatsp.) erläutert die feinerseitige Forderungsbildung. Die Beträge entsprächen nicht mehr der heutigen Leistungsfähigkeit des Staates. Für den staatsparteilichen Antrag auf entsprechende Revision der Währungs-Beträge laufe die Revision auf entsprechende Revision der Währungs-Beträge bis zur Höhe von 100 Milliarden.

Damit ist die politische Debatte erledigt. Die Abstimmungen finden am Donnerstag statt.

Es folgt die Beratung eines kommunikativen Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Überprüfung der Verhältnisse in den Fürstengemeinschaften.

Zur Begründung des Antrags verweist Abg. Schulz-Neuß (Komm.) auf die verheerenden Auswirkungen in Fürstengemeinschaften. Zöglinge seien zu großem Gedränge worden, doch sie selbst wurden sich und Selbstverpflichtungen unternehmen hätten, um dieser „Fürsorge“ zu entgehen.

Abg. Frau Wessel (Chr.) erklärt, durch politische Verheerung von kommunikativen Seiten werde oft die mühselige Erziehungserfolge wieder vernichtet. Die Kommunisten verteilten Flugblätter in den Anfängen und verdrängten den jungen Menschen die Köpfe. Die Fürstenerziehung müßte völlig von der Politik losgelöst sein. Deshalb habe das Zentrum auf die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für unwürdig, weil seine Beratungen sicherlich stark ins politische Bahnräder geraten würden. Den Kommunisten war es nicht um eine Verbesserung der Verhältnisse in den Fürstengemeinschaften zu tun, sondern nur darum, politisches Kapital aus irgendwelchen Mißständen zu schlagen. (Wärm b. d. Komm.)

Abg. Frau Wachenheim (Soz.) lehnt die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gleichfalls ab, da die in dem kommunikativen Antrag aufgeführten Fälle (Schweun, Güterverkehr usw.) bereits die Gerichte beschäftigt hätten. Die Sozialdemokraten wollten die Verhältnisse in den Fürstengemeinschaften in fälschlicher Weise verheimlichen. Zur Grund eines sozialdemokratischen Antrages laufe auch bereits zeitgemäße Reformen durchzuführen werden.

Der kommunikativen Antrag wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Um 18 Uhr eröfnet sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr: Ausprache über das Grubenunglück und keine Beratung.

iprenget hat. Als Antwort darauf haben die japanischen Militärs geäußert, daß sie auch noch da sind und ihr Eingreifen hat einigen hundert Menschen auf beiden Seiten das Leben gekostet. Angeht die Haltung der feindlichen chinesischen Schmetterrepubliken Kanton, Nanton und Peking, die über der Beförderung der nationalen Ehre ihre ewigen Streitigkeiten für einige Zeit vergessen und die sich gegen den Gebrauche selbständig erklärt haben, wird es Japan nicht zum äussersten kommen lassen, weil es fürchten muß, trotz seiner militärischen Überlegenheit den Kürzeren zu gehen, wenn ganz China sein Vorgehen mit einem Boykott japanischer Waren beantwortet würde. Diesen Zuzug kann sich das Land der aufgehenden Sonne zur Zeit nicht leisten. Es wird daher auf die künftige Bemügnung auf dem Felde der Ehre bestehen.

Am der Lieferfälle der europäischen Völkern wird das mandchurische Interesse bald wieder vergessen werden. Man wird es daher auch verlaßnen, den Hintergründen des Falles nachzugehen, um Möglichkeiten für die dauernde Befestigung der Welt zu finden. Es liegen in den Aussichten der kolonialistischen Tätigkeit Japans, das verläßt, Profite auf Kosten chinesischer Arbeit aus der Mandchurerei herauszusprengen. Solange dafür nicht Abhilfe geschaffen sein wird, wird die mandchurische Frage dauernd ein Stummzentrum bilden, dessen Gefahr sich steigern wird, wenn Aufstand der Bevölkerung für gekommen hält, sich aktiv in die Angelegenheit einzumischen.

## So sieht die Agrarhilfe aus.

Nach dem Herzen der „nationalen Opposition“.

Daß mit den landwirtschaftlichen Notstandskrediten großer Anzug gegeben worden ist, dürfte hinreichend bekannt sein. In der Regel richten es die Großagrarier so ein, daß sie sich die Verteilung der Kredite in die Hände spielen, weil die Verteilung nur von höchsten Stellen vorgenommen werden könnte. Die Agrarier machten immer großen Schach, wenn mal vorgefallen wurde, die Verteilung anderweitig zu regeln. Selbstverständlich war die Aufnahme eines landwirtschaftlichen Kredits ein gutes Geschäft. Um sich bei der Zins niedrigsten Kredite kaufen. Sie selbst verlorste man aber äußerlich reichlich. Zu diesen Größen gehören u. a.:

Die diese Kredite verteilt worden sind, das zeigt die Verteilung im Kreise A (Kommern). Hier wurden nicht weniger als 1,6 Millionen Mark Kredite verteilt und zwar erhalten:

27 Bandwirte je 33,4 Mark oder insgesamt	900 Mrk.
49 Bandwirte je 71,4 Mark oder insgesamt	3 521 Mrk.
260 Bandwirte je 290 Mark oder insgesamt	75 800 Mrk.
168 Bandwirte je 70,21 Mark oder insgesamt	117 956 Mrk.
247 Bandwirte je 2001 Mark oder insgesamt und schließlich	494 252 Mrk.
12 Bandwirte je 6972 Mark oder insgesamt	83 664 Mrk.

Daraus ist zu folgern, daß 31 Bandwirte zusammen 823 609 Mark oder je 26 568 Mark erhielten. Das waren die ganz Großen im Kreise A (Kommern). Die Kleinen ließen man mit ungenügenden Krediten laufen. Sie selbst verlorste man aber äußerlich reichlich. Zu diesen Größen gehören u. a.:

Gräfin von Schwerin-Bulgur	60 000 Mark
Gräfin von Schwerin-Spantow	53 800 Mark
Gräfin von Schwerin-Schwerinsburg	40 000 Mark
Graf von Schwerin-Bohdow	28 000 Mark
Graf Schwerin-Schmuggen	25 000 Mark

Wetter wird mitgeteilt, daß alle Großgrundbesitzer, die Kredite verlangt haben, bereitwillig worden sind. Von den 3000 Landwirten, die sich um Kredite bemühten, erhielt aber nur der vierte Teil solche.

Das ist die Verteilung in Ostpreußen, die uns die nationale Opposition als das Ideal Deutschlands anpreist.

## Nationale Agitationskugeln.

Die „Deutsche Zeitung“ und Herr Bata.

Die „Deutsche Zeitung“ bringt in ihrer Nummer 245 vom 19. Oktober dieses Jahres die Meldung, daß der sächsische Schuhfabrikant Bata für seine deutschen Einzelhandelsniederlassungen der Erzieher Mechanischen Schuhfabrik A. G. die Herstellung von Herrenschuhen in Auftrag gegeben habe, welche den Stempel „Bata-Schuh - Deutsches Erzeugnis“ erhalten sollten. An diese Nachricht knüpfte die „Deutsche Zeitung“ die Bemerkung, die neue Aktivität Batas verdiene die höchste Aufmerksamkeit der zuständigen Stellen; sie sei allerdings erst durch das Verhalten der Preussischen Regierung in der Frage der Errichtung einer Bata-Fabrik in Oberhessen möglich geworden.

Dazu schreibt der sächsische Reichstagsabgeordnete: Diese Behauptung der „Deutschen Zeitung“ stellt das Höchstmögliche von Verdrehung der Tatsachen dar. Auch die „Deutsche Zeitung“ müßte noch wissen, daß vor einem Jahre die Preussische Staatsregierung den Verkauf eines umfangreichen vorfabrizierten Schuhbestandes an Bata abgelehnt hat, trotzdem sie sich völlig klar darüber war, daß weder sie selbst noch irgendwelche andere Stellen in Deutschland die Niederlassung Batas zur Aufnahme seiner Fabrikation auf deutschem Boden verhindern konnte, weil Bata durch eine in Deutschland ansässige und eingetragene Gesellschaft deutschen Rechts seine Verhandlungen führte. In der Tat hat daraufhin Herr Bata durch Kaufvertrag vom 20. November 1930 von der „Deutschen Zeitung“ demnach näher als der Preussische Staatsregierung stehenden Grafen v. Spornel (I) die Rittergüter Otmuth und Emilitendorf, insgesamt 635,75 ha, zum Preise von 1 097 200 RM. erworben.

Das sind Dinge, die vor Jahresfrist in der ganzen deutschen Presse so oft und so breit behandelt worden sind, daß sie unmöglich dem Gedächtnis der „Deutschen Zeitung“ vollkommen entfallen sein können. Wenn das Blatt trotzdem das damalige Verhalten der Preussischen Staatsregierung für die jetzige Aktivität Batas verantwortlich zu machen sucht, so legt hier das parteipolitische Interesse in einem ausschließlichen Kampfe mit der Wahrheit.

## Was wollte Brimmer in München?

Von Hiltner gar nichts.

München, 20. Oktober. (Gg. Draht). Der Heimwehrpatriot Dr. Brimmer, der in den letzten Tagen in den Reichstagskammern ein weites, erlärte einem Reporter der hiesigen Tagespresse, daß seine Münchener Stelle mit politischen Dingen gar nichts zu tun habe, insbesondere wolle er keinerlei Verbindung mit Hitler, zu dessen Bewegung er in keinem Zeitpunkt seiner politischen Tätigkeit irgendwelche Beziehungen unterhalten habe. Auch für die Zukunft liege ihm nichts ferner, als eine solche Verbindung zu suchen. Der Zweck seines Münchener Aufenthaltes sei einmal die gesellschaftliche Natur in seiner Eigenheit als Reichstagsabgeordneter in geschlossener Familie. Außerdem wolle er verschiedene seiner Mitarbeiter sprechen, die nach dem Scheitern seiner Aktion in Steiermark nach Bayern geflohen seien. Unter diesen befindet sich auch ein Graf Lamberg, der gutwillige Schwager Brimmers.

## Erster Zustand des Landtagspräsidenten.



Genosse Friedrich Bartels.

der sich vor einiger Zeit in einem Berliner Krankenhaus einer Operation unterziehen mußte und dessen Krankheitszustand sich so verbesserte, daß die Ärzte um den Patienten immer besorgt sind.

## Der Krach in der Wirtschaftspartei.



Reichsjustizminister A. D. Dr. Reuter (links), der vorläufige Parteivorsitzende und Abgeordneter Wolzitz (rechts), der Führer der Reichstagsopposition.

Innerhalb der Wirtschaftspartei ist es wegen der positiven Stellungnahme der Reichstagsopposition zum Kabinett Brüning zu erheblichen Differenzen gekommen. Die Führer der Parteioptionen treten heute in Berlin zusammen und man erwartet zwischen den verschiedenen Richtungen scharfe Auseinandersetzungen.

Die Sachsen müßigen die Isolierung Brüning. Dresden, 20. Okt. (Gg. Draht). Der Wahlkreisverband Sachsen der Wirtschaftspartei nahm am Dienstag eine Entschlossenung an, in der die Haltung der Reichstagsopposition der Wirtschaftspartei gegenüber dem Kabinett Brüning auf das Entschiedenste mißbilligt wird. Die Wahlkreisversammlung erteilte der Landesleitung zugleich Vollmachten zu jeder von ihr erforderlichen gesonnenen Entschlossenung. Man erwartet, daß die sächsische Wirtschaftspartei wieder aus der Reichspartei austritt.

## Severing bei Groener.

Der preussische Innenminister stattete dem Reichsinnenminister Dr. Groener am Dienstag einen längeren Besuch ab. Die beiden Minister unterhielten sich ausführlich über die innerpolitische Lage.

## Keine Verhinderung.

Die Bezugsdauer für die Arbeitslosen-Unterstützung.

Der Vorstand der Reichspost für Arbeitslosenunterstützung hat Anfang Oktober beschlossen, die Bezugsdauer für die Arbeitslosenunterstützung allgemein auf 20 Wochen und die für Saisonarbeiter auf 16 Wochen zu verkürzen. Dieser Beschluß wurde unter der Voraussetzung gefaßt, daß eine entsprechende Verlängerung der Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung angeordnet werde. Der Sinn der beiden Maßnahmen sollte sein, daß die Bezugsdauer in der Arbeitslosenunterstützung und in der Arbeitslosenunterstützung künftig nicht länger sein würde als bisher. Weiter ist die entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums bisher noch nicht erlassen worden. Das hat zu Zweifeln geführt, ob diese Maßnahme überhaupt angeordnet werde. Wie wir erfahren, sind diese Zweifel an der Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung in der Reichspost bereits erledigt. Die entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen erlassen werden.

## Die Franzosen in Berlin.

Sie haben auch das Elend gesehen.

Berlin, 20. Oktober. (Telephon). Bei einem Presseempfang im Hotel Bristol führte der Botschafter des Pariser Staatsrates, L. L. de la Cour, der am Mittwoch morgen Berlin wieder verließ, u. a. aus, er habe wertvolle Kenntnisse auf denjenigen Gebieten gesammelt, die der Gegenstand seiner besonderen Aufmerksamkeit in Berlin gewesen seien. Der Besuch der modernsten Einrichtungen Berlins habe ihm keine nützliche Anregungen gegeben. Er habe es aber auch nicht unterlassen, die ermittelten Mängel Berlins anzudeuten, um sich genau über das scheinbare Hebel der Arbeitslosigkeit und über die Lebensbedingungen des merkwürdigen Volkes zu unterrichten. Er habe hierbei den dringenden Wunsch empfunden, das soziale Elend, das sich hinter den tausendfachen Fassaden verbirgt, zu verstehen und seine Ursachen zu ergründen. Mehr als je sei er aus tiefstem Herzen zu der Ueberzeugung gekommen, daß es zur Beseitigung dieser dringenden Fragen einer lokalen und freundschaftlichen Zusammenarbeit nicht nur zwischen den beiderseitigen Staatspräsidenten, sondern auch zwischen Frankreich und Deutschland bedürfe. Paris werde alles tun, damit dieser Verständigungswille sich in die Tat umsetze und nicht nur frommer Wunsch bleibe, und er nehme die Ueberzeugung mit sich, daß auch Paris auf Berlin rechnen könne.

## Republik-Schutzgesetz in Spanien

Madrid, 21. Oktober. (Gg. Funkt.). Der spanische Ministerpräsident legte der Nationalversammlung am Dienstag nachmittags den Entwurf eines Republik-Schutzgesetzes vor, das in diesen Punkten dem deutschen Gesetz zum Schutz der Republik entspricht. Die Annahme des Gesetzes ist gesichert.

Das Gesetz sieht Gefängnisstrafen sowie Geldstrafen bis zu 10 000 Peseten vor. Es droht die Strafe der Verbannung an für Gemaltinnen gegen die Republik, für die Verletzung solcher Gebote, für das Tragen monarchistischer Abzeichen, für unerlaubtes Waffenstragen, für die Schließung von Anstalten und die Sperrung aller sonstigen Arbeitsmöglichkeiten, für sämtliche nicht acht Tage vorher angemeldete Streiks, für ungesetzliche Preisfestsetzungen und für die Nachlässigkeit der Beamten in der Pflichterfüllung gegenüber der Republik. Außerdem gibt das Gesetz dem Innenminister die Möglichkeit, Verordnungen zu erlassen, die zum Aufheben, und Verneinung zu schließen.

Die Ausführung des Gesetzes wird in den einzelnen Bezirken voraussichtlich bestimmten Regierungsvertretern unter Aufsicht des Innenministers übertragen.

# Das Unglück von Mont Genis.



Der Eingang zur Zeche.

## 17 Todesopfer von Mont Genis.

Dortmund, 21. Oktober. (Eig. Funfm.) Von den bei dem Grubenunglück auf der Zeche Mont-Genis verunglückten Bergleuten sind am Dienstag abend wiederum drei ihren Verletzungen erlegen. Die Zahl der Todesopfer erhöht sich damit auf 15.

Hierzu, 21. Oktober. (Eig.) Am Laufe der Nacht sind von den Schwerverletzten des Unglücks auf der Zeche Mont-Genis in Herno noch zwei ihren furchtbaren Brandwunden erlegen, so daß die Zahl der Toten jetzt schon 17 beträgt.

### Sozialdemokratische Anfrage.

Heute wird im Reichstagen die Frage des Grubenunglücks behandelt. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Große Anfrage eingebracht:

„An der Morgenlicht des 19. Oktober 1931 ereignete sich auf der Zeche Mont Genis in Herno eine Explosion. Durch diese Explosion sind zahlreiche Bergarbeiter getötet und 22 verletzt worden. Unter den Verletzten befinden sich eine Anzahl Schwerverletzter, die kaum mit dem Leben davonkommen werden. Aus diesem Katastrophenereignis sind von den Bergarbeitern wiederum schwere Fragen über das dort herrschende Arbeitsregime gestellt worden. Das Arbeitsregime soll dort so stark gewesen sein, daß es den Bergarbeitern geradezu unmöglich gemacht wurde, die für die Grubenrisikofreiheit notwendigen Sicherheitsmaßnahmen zu befolgen. Wie von den Bergarbeitern glaubhaft berichtet wird, haben die höheren Angestellten dieses Wertes stets eine lebhaft propagierte Furcht vor dem Stacheltier und das Stacheltier unter den Bergarbeitern betrieben, aber die notwendige Sorgfalt für die Grubenrisikofreiheit sehr vernachlässigt. Dieser Zustand hat zur Verminderung der Schlagweite und Anhäufung des Kohlenstaubes geführt und die Grubenrisikofreiheit gefährdet, die dann den Währungs- und die Grubenrisikofreiheit abgaben.“

Wir fragen das Staatsministerium, ist es bereit, zu prüfen: 1. ob das Arbeitsregime dieses Wertes hinsichtlich der Grubenrisikofreiheit gegeben haben; 2. durch welchen Vorgang diese Explosion eingeleitet wurde und 4. was gemäß des Staatsministeriums zu tun, um solche Explosionen unmöglich zu machen.“

## Die Handelsverträge.

Die Reichsregierung beschäftigt, die Handelsverträge mit Ungarn und Rumänien möglichst bald in Kraft zu setzen. Die Verträge werden deshalb den Reichstag nicht passieren. Deutschland hat Ungarn und Rumänien für bestimmte Getreidekontingente gewisse Vorzugsrechte eingeräumt, während gewisse Waren nur das Meistbegünstigungsrecht in Ungarn und Rumänien genießen. Die Verträge haben während der letzten Genfer Verhandlungen die Zustimmung des Völkervertrages gefunden. Die Reichsregierung hat daher an alle interessierten Staaten die Anfrage gerichtet, ob sie gegen die Verträge, die der Meistbegünstigung, Einverleibung, Einreden zu machen haben. Diese Frage war notwendig, weil grundsätzlich die Garantie von Vorzugsrechten eine Durchbrechung des Grundsatzes der Meistbegünstigung darstellt. Die Mehrzahl der beteiligten Staaten hat gegen die Infragestellung des neuen Handelsvertragsystems seinen Einpruch erhoben, zumal eine direkte Schädigung der anderen Getreideexportländer dadurch ausgeschlossen ist, daß Rumänien und Ungarn zu Vorzugszöllen nur solche Getreidemengen einführen dürfen, die den normalen Export nach Deutschland nicht übersteigen. Es handelt sich bei Ungarn um Vorzugszölle für Weizen, bei Rumänien um Vorzugszölle für Roggen, Weizen und Mais.

## Strejemann an seine Partei.

Manche Parteifreunde empfinden es als angenehm, in der Opposition gegen den Staat zu stehen. Man kann sich dann wieder mit dem Stacheltier verbinden, man kann wieder den nationalen Gedanken vor dem Volke leuchten lassen, man kann wieder drohende Reben haben, hinter denen zwar nichts steht, die aber dem Volke so richtig eingehen. ... Ob und wieviel politische Bindungen nach der deutschnationalen Seite dabei mitwirken, will ich nicht untersuchen.“

„Es kommt hinzu, daß wir eine Partei der Weltanschauung mehr sind, sondern mehr und mehr zu einer reinen Anbau-Partei werden. ... Heute bringt die Fraktion überhaupt nicht mehr den Mut auf, in einen Gegenstand zu den großen Arbeitgebern und Anhaltvereinigungen zu treten. Man erwidert, daß 23 Mitglieder der Fraktion mittelbar oder unmittelbar zur Wirtschaft gehören, will ich nicht untersuchen.“

„Ich verheule den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung, weil mit diesen Parteigenossen nicht zu regieren ist, und weil diejenigen, die die Dinge richtig erkennen, nicht den Mut haben, dies zum Ausdruck zu bringen, und die anderen entweder die Beförderung Deutschlands durch die Ratotratie herbeizuführen würden (Hugenberg) oder die Herrschaft des Maulschnecken.“ — (Aus einem Brief Guido Strejemanns (im März 1929), dem die „Völkische Zeitung“ jetzt veröffentlicht.)

# Die Calmette-Tragödie.

Fortsetzung der Angeklagten-Vernehmung.

Lübeck, 20. Oktober. (Eig. Drahtb.)

Am 7. Calmette-Verhandlungstag kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen zwischen dem Vertreter Professor Deftes, Rechtsanwalt Professor Lisberg, und dem Vertreter der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey. Es ging mehr um Formalitäten, als um wesentliche Dinge.

Zur Sache wurde Professor Deftes gefragt, ob ihm bekannt gewesen sei, daß in Schweden die von Calmette bezogenen Kulturen zunächst sorgfältigen Virusprüfungen an Meerschweinchen und Kanarienvögeln unterzogen werden und erst nach diesen Prüfungen die Weiterzüchtung vorgenommen wird.

Professor Deftes erklärte, er habe Kenntnis von diesen schwedischen Kontrollierverfahren keine Kenntnis gehabt. Er stellte sich im übrigen auf den Standpunkt, Kontrollverfahren seien nicht erforderlich gewesen, da es sich bei dem Calmette-Virus um ein taubenfähig geprüftes Virus gehandelt habe.

In einem langen wissenschaftlichen Vortrag legte Professor Deftes dann auseinander, daß es gar nicht einwandfrei feststeht, daß die von Professor Kuno Lange im Lübecker Laboratorium vorgefundenen Kulturen aus tatsächlich virulente humane Bazillen entstanen hätten. Er vertrete die Ansicht, daß die von einem Kinderüberlebens-Bazillus gewonnene Calmette-Kultur bei einem Virus-Virus nicht unbedingt in die Stärke eines Kinderüberlebens-Bazillus zurückzuführen lassen, sondern sich auch in den abgeschwächteren humanen Erzeugnissen der Tuberkulose immanen könne.

Professor Deftes wurde dann darüber gefragt, welche Maßnahmen er zur sofortigen Einstellung der Calmette-Fütterung getroffen habe, nachdem er am 26. April 1930 festgestellt hatte, daß ein Kind an Impfschmerzen gestorben war. Professor Deftes führte aus, er habe sofort die weitere Abgabe des Impfstoffes eingestellt, auch in der Entscheidung alle Impfstoffe zurückziehen lassen, vor allem aber habe er Dr. Strauch sofort in Kenntnis gesetzt. Er sei sich bewußt gewesen, damit alles getan zu haben, was in seinen Kräften stand.

Es folgte die Vernehmung des Angeklagten Professor Kloß.

Professor Kloß, seit 1918 Direktor des Kinder-Hospitals in Lübeck, gab zunächst einen kurzen Überblick über seinen beruflichen Werdegang. Auch er erklärte, auf Grund seiner Kenntnis der Literatur über das Calmette-Verfahren habe er die Tuberkulose-Schutzimpfung nach Calmette unter allen Umständen für unschädlich gehalten. Kloß kommentierte anschließend seinen in der „Medizinischen Welt“ vom 24. Mai 1930 erschienenen Aufsatz über die Tuberkulose-Erkrankungen in Lübeck. In diesem Aufsatz heißt es: „Sehr außerordentlich im März einige Bestimmungen über Bestanden darüber, daß unter den gefütterten Kindern so viele mit unreiner Haut feine und die Gewichtszunahme nicht so ganz befriedigend. Aber kein Arzt legte diesen Dingen Bedeutung bei. Es waren dann aber Anfang April die frei praktizierenden Kinderärzte, welche mir gegenüber vertraulich die ersten Bedenken hinsichtlich der vom Bogen-Kloß praktizierten Lübecker Unschädlichkeit des Verfahrens äußerten und die ersten Kinder in das Kinderhospital einwies.“ Auf diesen Aufsatz stützt sich die Anklage gegen Professor Kloß. Nach seinen eigenen Angaben wußte er also bereits Anfang April von den Bedenken der Kinderärzte. Nach seinen eigenen Angaben wurden bereits Anfang April die ersten Calmette-Kinder in sein Kinderhospital eingeliefert. Erst am 26. April 1930 aber wurden die Impfungen in Lübeck eingestellt.

Am Verlauf seiner jetzigen Vernehmung behauptete Professor Kloß, den Aufsatz in der „Medizinischen Welt“ habe er auf Drängen der Redaktion in größter Eile abgesetzt. Dabei seien ihm eine Reihe von Ärzten unterlaufen. So habe er geglaubt, daß die Gespräche mit den Hebammen und Kinderärzten weiter zurückzuführen. Auch er habe erst am 26. April 1930 von der Schädlichkeit des in Lübeck verwandten Impfstoffes Kenntnis erhalten. — Die Verhandlung wird am Mittwoch fortgesetzt.

## Der neue Reichskommissar für die Erwerbslosenfedlungen?



Der Leiter der Regierungspräsidenten Saassen

ist zum Reichskommissar für die Erwerbslosenfedlungen in Aussicht genommen worden.

## 2465 deutsche Millionäre.

Nach dem statistischen Reichsamte birgt das ausgepländerte Deutschland 2465 Millionäre. Damit sind nur die Privatpersonen gemeint, die wirtlich Millionäre sind, also nicht die Gesellschaften irgendeiner Form, die über ein Millionenkapital verfügen. In der Zeit von 1925 bis 1927 ist die Zahl der Millionäre in Deutschland um 130 gestiegen.

Abgesehen von diesen Zahlen des statistischen Reichsamtes hat ein Wirtschaftsprüfer unserer Lage ausgerechnet, daß gegenwärtig 84 000 Menschen in Deutschland doppelt so viel Vermögen besitzen als 62 1/2 Millionen.

Außer den obengenannten Millionären gibt es nach der Statistik, von der die Rede ist, noch 5115 Personen, die zwischen einer halben und einer Million Vermögen haben, etwa 14 000 Personen haben ein Vermögen von 250 000 bis zu einer halben Million befristet. 60 000 Personen besitzen ihr Vermögen auf 100 000 bis 250 000 Mark, 137 000 Personen haben 50 000 bis 100 000 Mark, als ihr Vermögen an.

Infern „notleidenden“ Kapitalisten verdienen noch nicht genug — darum schieben sie ihre Ratigruppen zur Verfolgung der Arbeiterorganisationen vor.

## Milliarden im Ausland.

Der Direktor der holländischen Großbank äußerte sich wie folgt: „Millionen und aber Millionen sind von den Deutschen in Holland, und ähnlich gehen noch Millionen Mark über andere Länder in Holland ein. Dabei geben wir keinen Pfennig Zinsen an die Deutschen und keinen Zent Zinsen an die Holländer. Wir sind gar zu weit, daß wir für das Behalten der enormen Geldmengen etwas berechnen! Die deutsche Regierung könnte mit dem Geld, was sie (die Holländer) gar nicht haben wollen, die ganze deutsche Wirtschaft in Gang bringen.“

## „Ein Meer von Vertrauen“

Die Einbildung der Harzburger.

Berlin, 21. Oktober. (Teleunion.) Die Deutschnationalen Parteipartei veranstaltete am Dienstagabend eine Kundgebung, auf der der Abgeordnete Oberjohn u. a. ausführte: Wenn die nationale Bewegung die Macht in die Hand bekomme, werde ihr ein Meer von Vertrauen nicht nur aus dem Inland, sondern auch aus dem Ausland entgegenwachsen. (1)

## Besserung der Reichsfinanzen.

Die Befürchtungen, die Reichsfinanzminister Dietrich vor kurzem öffentlich über die Entwicklung der Einnahmen des Reiches geäußert hat, sind, wie die „Völkische Zeitung“ erzählt, durch die neuesten Berichte der Finanzämter an das Reichsfinanzministerium nicht bestätigt worden. Die Einnahme aus den Steuern, Zöllen und Verbrauchsabgaben seien in der zweiten Woche des Oktober erheblich besser gewesen als in der ersten. Wenn diese Entwicklung anhalte, könne angenommen werden, daß der neue Voranschlag, der vor Ertrag der letzten Novemberrechnung aufgestellt worden sei, eingehalten werde.

## Erhöhung der Hochschulgebühren.

Der preussische Kultusminister Grimme hat durch Erlaß verschiedene Universitätsgebühren erhöht. So wird mit Wirkung für das November beginnende Semester das allgemeine Studiengeld von 85 auf 100 Reichsmark je Semester heraufgesetzt. Die Seminaritätsgebühren, die bisher für die erste Immatrikulation 25 RM., für jede weitere 15 RM. betrug, beträgt nunmehr ebenfalls 30 RM. Erhöht werden auch die Gebühren für die akademischen Einrichtungen. Die Kollegegebühren bleiben dagegen unverändert.

## Die Braunschweiger Flugzeuge.

Von zuntzähliger Seite wird uns mitgeteilt, daß die beiden Flugzeuge die sich am Sonntag am dem Razi-Treffen in Braunschweig beteiligten, keine Maschinen der Luftwaffe, sondern Besatzungsflugzeuge seien. Die Flugzeuge seien von den Regis von Privatbesitzern gespart worden.

## Die Bankkrachs in Frankreich.

Paris, 20. Oktober. (Eig. Drahtb.) Eine Pariser Aktienbörse hat die „französische Kommerzbank“, hat am Dienstag ihre Schalter schließen müssen. Die Bank verfügte über ein Kapital von 40 Millionen Francs. Sie finanzierte besonders den Exporthandel mit Afrika. Filialen unterhielt sie in Bordeaux und Dakar, Agueren in den meisten westafrikanischen Städten. Eine kleine Privatbank, die Banque Courtoisier, hat inzwischen ebenfalls ihre Schaltungen einstellen müssen.

Finanzminister Höpfer-Wilff hat dieser Lage dem preussischen Ministerpräsidenten, der zurecht in Warschau zur Erhebung weil, einen Besuch abgelaßt, um ihm auch persönlich die Gründe für seinen Rücktritt vom Amt mitzuteilen. Anmerkung: durch diese Reize die Möglichkeit einer Rückkehr Höpfer-Wilffs in das Finanzministerium gegeben ist, läßt sich zurecht noch nicht genau übersehen. Eine Entscheidung darüber wird teinesfalls vor der Rückkehr des Ministerpräsidenten, also frühestens in 14 Tagen, erfolgen. Die Zufügungsarbeiten der Hochschulewärtigen Regierung geben das Sanfter mit 138 788 Mann und 10 221 Offizieren, die militärisch-organisierten Verbände mit 12 647 Mann und 515 Offizieren sowie die Lufttruppen mit 6482 Mann an. Die aktive Dienstzeit im Heere beträgt 18 Monate zuzüglich 14 Wochen Reservierungszeit. Das Heer besitzt 546 Kriegsfähige von einer Gesamtzahl von 263 060 RM. Für die aktive Armee wurden 1930 über 18 Millionen Zigaretten-Stromen und für die militärisch organisierten Verbände 275 Millionen Zigaretten-Stromen ausgegeben, insgesamt 160,5 Millionen Reichsmark.

Poincaré, der vor kurzem zum Vorsitzenden der Pariser Rechtsanwaltskammer gewählt worden war, hat dieses Amt niedergelegt, da ihm von seinen Werten jede körperliche Anstrengung untersagt worden ist. Poincaré will zur Zeit zur Erholung in Campagna und dürfte dort länger bleiben als er ursprünglich beabsichtigte.

## Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte)

### Die Rücktrittsgerüchte um Schöber.

Wien, 21. Oktober. (Teleunion.) Ein Wiener Abendblatt hat wiederum auf den angeblich bevorstehenden Rücktritt des österreichischen Außenministers Dr. Schöber angezogen. Von unrichtiger Seite verlautet hierzu, daß von einem Rücktritt keine Rede sein könne. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß aus Organisationsrücksichten das Außenamt wieder vollständig dem Bundeskanzleramt angegliedert würde. Dr. Schöber würde dann in die Regierung als Bundeskanzler einziehen, besonders die Verfassungsreform und unter Umständen die Leitung der Verwaltungsreform oder des gesamten Sicherheitswesens übernehmen.

### Ein räudiges Dorf in Flammen.

Bukarest, 21. Okt. (Eig.) Am Dienstagabend brach in der Ortshaus St. Georgiu (Giedandringen) eine Feuerbrunst aus, die infolge des Fehlers der Feuerwehr und des herrschenden Sturmes bald das halbe Dorf erfaßte. Nach den herrschenden Meldungen wurden über 30 Wohnhäuser mit Nebengebäuden eingeebnet. Die Brand unter der Bevölkerung ist unbeschreiblich, da man eine Vernichtung des ganzen Dorfes befürchtet, das zurecht noch in Flammen steht. Die Regierung ordnete die Entsendung von Militär an.

### Frachthöhungen für die amerikanischen Eisenbahnen abgelehnt.

Newport, 21. Oktober. (Teleunion.) Die Bundeskommission hat den Eisenbahnen und Bankiers infolgedessen eine schwere Enttäuschung bereitet, als sie die geforderte Frachterhöhung von 15 v. h. abgelehnt und lediglich einen geringfügigen Erhöhung für gewisse Frachtkategorie zugestimmt hat. Die Eisenbahnen werden vermutlich zu einem Rückschritt gezwungen.

**Zum Tode des Malers Lesser Ury.**



Lesser Ury.

Der bekannte Berliner Stadtmaier, starb in Berlin kurz vor Vollendung des 70. Lebensjahrs. Lesser Ury gehörte in den 90er Jahren neben Liebermann zu den einflussreichsten Vorämpfern des Naturalismus.

**Schönachts Schwundgeld.**

In der Front der Währungscharaktere die unter der Parole „Los von der Goldwährung“ die Bestände Jugenbergs und Hillers befragen, steht auch der Vorsitzende der Deutschen Friedensgesellschaft, General Dr. v. Schönach. In Hanau sprach er auf einem Vortragsabend der Breite gegen die Währungsfragen. Um die Preise zu stabilisieren, sei es notwendig, von der Goldwährung zu einer Änderung überzugehen. Der Notendruck müsse nach den Erfordernissen der Wirtschaft mit dem einzigen Ziel der Stabilisierung der Breite geregelt werden. Damit aber die Stabilisierung nicht durch Spekulation gefährdet werde, sei die

Indegmährung mit dem Umlaufzwang zu verbinden, mit anderen Worten: das sogenannte Schwundgeld müsse zur Einführung kommen. Welche Bundesgenossen der Rassist von Schönach mit seiner Propagierung der Gefälligen Währungstheorie geminnen kann, wurde offensichtlich, als in der Diskussion einige anwesende Nationalsozialisten meinten, daß sich diese Währungstheorie mit der Dr. Feders berühre. Schönach gab zu, daß er mit Feders Theorie manches gemein habe, moras er aber leider nicht den Schluß zog, daß gegen seine Ausführungen auch alle Einwände geltend gemacht werden könnten, mit denen man dem Feder-Geld begegnet.

**Vericherungsmord auf der Kirchenpappel.** Die Amsterdamer Strafkammer verhandelte gegen einen des Mordes und Vericherungsbetruges angeklagten 46jährigen Dachdeckermeister, der beschuldigt wird, im Mai 1929 seinen Gesellen von der Pappel der Amsterdamer Gerardus Majella-Kirche hinuntergestürzt und dadurch seinen Tod verursacht zu haben. Kurz zuvor hatte der Dachdeckermeister mit dem getöteten Gesellen eine Vericherung auf Gegenseitigkeit im Betrag von 50.000 Gulden für den Todesfall abgeschlossen. Die 50.000 Gulden sind dem Dachdeckermeister damals ausgezahlt worden. Der erste Verdadst entstand, als der Angeklagte später bei einem anderen Gesellen das gleiche Manöver auf einen Betrag von 80.000 Gulden wiederholen wollte. Die daraufhin veranlaßte Untersuchung ergab, daß der getötete Geselle ohne Gewalt von der Arbeitseile auf der Kirchenpappel gar nicht hätte abstürzen können. Der Staatsanwalt forderte lebenslange Gefängnisstrafe. Die Urteilsverurteilung wird in zwei Wochen erfolgen.

**Edisons Geis.** Der verlorene amerikanische Erfinder Edison soll nur vorläufig auf dem Kirchhof von West-Orange beigesetzt werden. Für später ist Ueberführung nach Milan (Ohio) vorgesehen. Hier soll an der Grabstätte eine große Edison-Denkmal errichtet werden.

**Einfuhrungslid.** In Altmanshofen (Nmt Donau-Gemingen) führte bei einem Neubau ein Giebelmann ein. Zwei Zimmerleute wurden verunglückt; beide verunglückten tödlich.

**Fischertragödie.** Auf dem Bodensee, in der Nähe von Weersburg, rampte im dichten Nebel ein Dampfer ein Fischerboot. Die Insassen des Bootes, ein Fischer und seine Tochter, ertranken.

**Altes Rom unter der Epigahacke.**



Die Arbeiterarbeiten gegenüber dem gewaltigen Viktor Emanuel-Denkmal.

Zwischen dem Piazza Venezia und dem Kolosseum in Rom soll eine große neue Straße gelegt werden, die durch den fälschlich größer werdenden Autoverkehr in der alten Kaiserstadt bringend nötig geworden ist. Käufer, die Jahrhunderten getrotzt haben, müssen jetzt der Epigahacke weichen, um einer modernen Großstadtstraße Platz zu machen. Schon Ende des Monats wird der letzte Stein abgetragen sein.

Zurückgeführt vom Orde unserer lieben Mutter sagen wir hiermit allen für das letzte Geleit und Kranzpenden unseren herzlichsten Dank.  
Niederhof, im Oktober 1931  
Fritz Gaskhaber und Frau.

**Zwangsvorsteigerung.**  
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuch von Halberstadt, Band 2, Blatt Nr. 1212 eingetragene, nachfolgend beschriebene Grundstück  
**am 19. November 1931, vormittags 9 Uhr**  
an der Gerichtsstelle, Petershof, Zimmer Nr. 16, versteigert werden.  
Nr. 1, Gemarkung Halberstadt, Gartenklotz Nr. 62, Parzelle Nr. 29, Grundbesitzmatrikelle Nr. 4577, Gebäudesteuerrolle Nr. 520, Wohnhaus Franziskanerstraße Nr. 34, mit Hofraum, Stall, Kuchengebäude u. a., Größe 2 a 80 qm, Grundbesitzmatrikellnummer 1330/21.  
Der Versteigerungsanmerk ist am 2. September 1931 in das Grundbuch eingetragen.  
Als Eigentümer war damals der Viehhändler Otto Schulte in Halberstadt eingetragen.  
Halberstadt, den 24. September 1931.  
Das Amtsgericht.

**Zwangsvorsteigerung.**  
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuch von Schlanstedt, Band 5, Blatt Nr. 200, eingetragene, nachfolgend beschriebene Grundstück  
**am 17. Dezember 1931, vormittags 9 Uhr**  
an der Gerichtsstelle Halberstadt, Petershof, Zimmer Nr. 16, versteigert werden.  
Nr. 1, Gemarkung Schlanstedt, Gartenklotz Nr. 11, Parzelle 437/184, Grundbesitzmatrikelle Nr. 627, Gebäudesteuerrolle Nr. 189, Gehöft Nr. 9 mit Hofraum, Größe 11 a, 70 qm, Grundbesitzmatrikellnummer 116 Blatt u. Vergehe 452/184, Hausgarten, Hüllen, Scheune und Stall, Größe 88 qm.  
Der Versteigerungsanmerk ist am 20. Juli 1931 in das Grundbuch eingetragen.  
Als Eigentümer war damals der Zimmerpeller Albert Steinhilf in Schlanstedt, eingetragen.  
Halberstadt, den 5. Oktober 1931.  
Das Amtsgericht.

**Schlachthof-Freibank** Donnerstag von 9 bis 11 Uhr  
Rindfleisch, geb. 30 Pf., roh 40 Pf.  
Schweinefleisch, geb. 40 Pf.

**Taschen-Feuerzeuge** in großer Auswahl.  
Eisene, Bestecke  
**Ernst Paegel**  
Schuh- u. Weisenhandlung,  
Halberstadt, Weinbergstr. 25.

**Wetterfeste Lodenmäntel**  
dunkelgrün oder maronrot.  
Herrn ... Mk. 28.-  
L. Damen ... Mk. 24.50  
Textilwarenfabrik Röber,  
Halberstadt,  
Quellburgerstraße 98.

**Wied. Bettten**  
Kinderbett, Stahlmatt, Gummimatt, Polster, mit Feder, Telex, Kasten, in verschiedenen Größen (Maß).

Jeden Freitag kommt  
**Der Arbeiterfunk**  
Offizielles Organ des Arb.-Radio-Bundes  
Jeder werktätige Rundfunkhörer abonniert den „Arbeiterfunk“. Preis: in einzelnen 25 Pf., im Abonnement monatl. 80 Pf., Bestellung an unsere Zeitungsboten oder direkt an die  
**Buchhandlung**  
Halberstädter Tageblatt

*Typograph Blausen durch*

# Sil!

*zu verwenden!*

Hergestellt in den Persil-Werken!

**Von der Reise zurück!**  
Dr. med. Auerbach

Infolge der durch die ungeheure wirtschaftliche Notlage unserer Zeit hervorgerufenen großen Arbeitslosigkeit bedarf es der **Halberstädter Frauering** Suppen-Rüchle

auch in diesem Winter wieder fortzuführen. Ab Mitte November soll voraussichtlich Suppe verausgabt werden.  
Wir treten an die gesamte Bevölkerung Halberstadts heran mit der Bitte, um Geldpenden zur Ermöglichung dieses Hilfswerkes, Freundlichst ausgedrückt Spenden nehmen die Geschäftsstellen dieser Zeitung entgegen, die darüber öffentlich quittieren werden. Auch der kleinste Betrag ist willkommen.

**Halberstädter Frauering.**

Leime, Kleister, Deckenbürsten, Pinsel, Blattgold, Bronzen, Kitt, Schwämme und Waschlleder.

## Oele, Lacke, Farben

und alle Bedarfsartikel für Lackierungen u. Anstriche

fachmännisch ausprobiert und von anerkannter Güte, kaufen Sie am besten und preiswert bei der

### Rohstoff-Genossenschaft der Maler

Blicherstr. 19, Geschäftszeit von 8-12 u. 2-5, Febr. 1931

Salmiakgeist 0,810, Bohnerwachs, Fußbodenstauböl, Rostschutzfarben, Isoliermittel gegen Feuchtigkeit

**Bau- und Wirtschaftsgemeinschaft**  
e. G. m. b. H., Halberstadt.  
Montag, 26. Okt. 1931  
20 Uhr, im „Waterland“  
Mitglieder-Berammlung und Werbe-Abend

1. Vortrag: Finanzlose Banken in der neuen Organisation, Baumaterial-Wirtschaft in Bremen und unsere Geldstellen  
2. Ankaufverstellung  
Sämtliche Mitglieder werden dringend dazu eingeladen, Obste mitzubringen.  
Der Vorstand.

841 Waupfischer  
**Blod-Walzauder**  
ist ein hervorragendes Mittel gegen Husten und Heiserkeit und wird, bei wöchentlichem, auch von Kindern bevorzugt.  
**Carl Wandorf Nachf.**  
Prograte, Sobowes 8.

**Merz'sche Salbe** gegen Gicht  
Weg'cher  
Wasserlungsweg  
Rats u. p. theke

**Antleren bringt Gewinn!!**

**Wernigerode**  
Freitag, 23. Oktober, 20 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“  
Tagesordnung:  
Frauennot, Kinderelend od. Geburtenregelung?

**Rednerin: Schriftstellerin Marg. Kaiser-Berlin**  
Freie Aussprache!  
Gegner der Geburtenregelung und Reformier des § 218 werden aufgefordert, ihre Ansichten unbeschränkt in der Aussprache zu begründen. Versie und Juristen sind besonders eingeladen.  
Um zahlreichem Besuch bittet  
Dr. Gruppe  
Wernigerode

**Sign für Mutterchutz und soziale Familienhygiene**

Fabrikfrische  
**Konfekt - Mischung**  
1/2 Pfund nur 40 Pfg.  
Vollkorn-Erdnuß-Bruch  
1/2 Pfund nur 32 Pfg.  
Bringen Sie Ihre Kinder mit. Niedliche Ueber-raschungen!  
**Fabrik-Lager**  
Burgstraße 12

**Stadt-Theater**  
Mittwoch, den 21. Oktober, 20-22, Uhr  
Zum letzten Male!  
**Rose Bernd**  
Schauspiel von Gerhart Hauptmann (0.45-3.00)  
Donnerstag, den 22. Oktober, geschlossen.

**Osterwieck Winterhilfe!**

Zur Durchführung der von der Kommission für die Winterhilfe beschlossenen Sammlungen werden die von mir beauftragten und mit Vollmacht versehenen Sammler ab 24. Oktober 1931 ihre Sammelreisen aufnehmen. Die von mir beauftragten sind mit einer amtlich gezeichneten Karte versehen, in die ich die beschriebenen Spenden selbst eintragen bitte.  
Mit Rücksicht auf den bevorstehenden schmerzhaften Winter bitte ich mich auf die so oft bereitete Opferfreudigkeit der hiesigen Einwohner und bitte bitten, die noch ein geistreiches Einkommen haben, nach besten Kräften zu leisten.  
Die Sammlung ist vorgesehen für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 31. März 1932 und wird allmählich am Sonntag durchgeführt.  
Ich spreche hierbei den Wunsch aus, den Sammlern die freiwillige Tätigkeit nicht durch irgendwelche abfällige Bemerkungen zu verheben und wünsche den Hebesmerk einen guten Erfolg.  
Dierwieck/Garz, den 20. Oktober 1931.  
Der Bürgermeister, Hartmann.

**Gemeinnützige Volks-Bausparkasse**  
„Bovwärts“ e. m. b. H. Lubeck  
Freitag, den 23. Oktober 1931, 20 Uhr  
im „Rathskeller“  
**Deffentl. Versammlung**  
Thema:  
Zinsfreie, unfähigere Darlehen, verbunden mit prämiierter Lebens-Vericherung für Hausbau, Sanieren und Obwohnenbildung.  
- Frauen-Vermögens-  
Jährliches Erscheinen aller Interessenten ermartet.  
Die Begriffs-Verbreitung.  
Prospekt und Ausnahm im Belegbüro  
Halberstadt, Gerberstraße 15.

**Wernigerode**  
Deffentliche Versammlung  
Freitag, 23. Oktober, 20 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“  
Tagesordnung:  
Frauennot, Kinderelend od. Geburtenregelung?  
Freie Aussprache!  
Frageanbahnung!  
Gegner der Geburtenregelung und Reformier des § 218 werden aufgefordert, ihre Ansichten unbeschränkt in der Aussprache zu begründen. Versie und Juristen sind besonders eingeladen.  
Um zahlreichem Besuch bittet  
Dr. Gruppe  
Wernigerode

**Kurtheater** (2. Pflichtvorstellung des Theaterbundes)  
Montag, 26. Oktober, 8 1/2 Uhr:  
**ROSE BERND**  
von Gerhart Hauptmann.  
Gastspiel des Stadttheaters  
Halberstadt.  
0.75 bis 2.25 Mark.

**Druckmaschinen** liefert Garzer Volksstimme



## Aus dem Unterrichtsplan der Volkshochschule.

**Kursus Nr. 5: Dr. Meier, Hegel und der Deutsche Geist.** Hegel ist am 14. November 1831 gestorben. Trotzdem seine Philosophie nicht vollständig ist, hat sich die Volkshochschule, insbesondere in einem besonderen Abend seiner zu gedenken; denn die Wirkung seines Denkens ist unübersehbar. Jede Zeit macht sich diejenige Deutung wieder lebendig, welche sie zu ihrem Selbstverständnis und zur Bewältigung ihrer Aufgaben braucht. Die Gegenwart ist stark „disorientiert“. Was mit dialektischen Denken gemeint ist und was es mit der starken Hegelbewegung auf sich hat, soll in den Vorträgen geklärt werden. Die Darstellung von Hegels Gedankenwelt ist zwar schwierig, es ist aber nicht unmöglich, seine Gedankensatzung, seine Eloquenz und Gesellschaftsanschauungen und seine unmittelbaren Wirkungen bis in unsere Tage vollstehend zu machen. Wer einen Einblick in die Bewegung des Deutschen Geistes in einem seiner größten Vertreter gewinnen will und dabei eine gewisse Aufmerksamkeit und Denkfähigkeit nicht scheut, ist herzlich zu dem Hegelabend willkommen. Die Teilnehmer werden dringend gebeten, sich in die Hörsäle einzutragen.

**Kursus Nr. 4: Laube, Ritter des Geistes.** In unserer Zeit lebt ein starker Drang zum Lebensrückblick. Doch nicht in Formen an, die sehr bedenklich stimmen müssen. Broschüren, etwa „Wie werde ich heiliger“, Vorträge, meist marxistisch angelegten und geschäftlich ausbeuteten, etwa von der Art: „Wohin es ein Arbeiter nach dem Tode?“ zeigen das zu deutlich. Echte Experimente, Geister zu züchten, Vorübungen von Hypnose, alle möglichen und unmöglichen Arten von Wahlgereien usw. — seltsame Wahnungen von großem Materialismus und oberflächlichem Spiritualismus. Neben dem Materialismus, die Menschen, statt ihn zum „Lebensrückblick“, hinauszuweisen, nur allzulebhaft dem „Unternehmern“ ausliefern, können sichere Wege gegenüber. Wahre Führer ins Bessere sind unsere großen Künstler, sind unsere unerschütterlichen Weltanschauungen, sind die Berichte der mehrfach Einzigen (Mythologie). Im Gegensatz zu jenen verwirrenden Erscheinungen finden wir hier in Märchen, Mithras, Sage und Legende die Wege klarer, humanistischer Enttarnung der Menschheit, lebendige Bilder, höchste Verbindlichkeit der Sprache und oft geradezu freiliebende Märchen des Aufbaus. Unser Volk hat in diesen lebendigen, weisen und „arsten“ gemordet ist, einzutreten in diesen lebendigen Strom der Lebenserlebung, soll Aufgabe der Arbeitsgemeinschaft sein.

**Kursus Nr. 15: Das Recht im täglichen Leben.** Dr. Per, Halberstadt. In dem Vortrage sollen nach einigen grundlegenden Hinweisen unter anderem folgende Fragen Erörterung finden: Welches Recht habe ich beim Kauf einer mangelhaften Ware? Kann ich gegen gefälschte Waren umtauschen? Was mache ich mit unbetriebl. gefundenen Waren? Wie widerstehe ich einer Entführung? Die Rechte des Mieters nach dem Mietvertrag. Wie kann ich den Nachbarn belästigen lassen? Der Arbeitsvertrag und seine Rechtswirkungen. Das Recht an der gefundenen Sache. Kann ich unvollständigen Eigentum an gefundener Ware erwerben? Verleihen und Pfandrecht in Gegenwart und Zukunft. Das Recht des unehelichen Kindes. Was ist die bei der getragenen Größere? Die Pflichtenverhältnisse. Was mache ich mit meinem Testament? — Durch welche Maßnahmen wird ein Prozess eingeleitet? Wer hat Anspruch auf Armenrechtsbewilligung? Was tue ich mit dem ererbten Erbe? — Wer nimmt Strafbefehle entgegen? Die Stellung des Staatsanwalts und des Verteidigers im Strafprozess. Rechtsmittel im Strafprozess. Strafmündigkeit. § 21 St.G.B. — Darf ich Schädliches über einen Anderen reden? Welcher Unterschied besteht zwischen Diebstahl und Unterschlagung? Betrüger und Zechpreller. Alles dieses ist eine kleine Auswahl der Fragen, die besprochen werden.

\* **Zentralverband der Angestellten.** Für die Mitglieder in Halle und in Industrie findet morgen Donnerstag, den 22. Oktober, 20 Uhr, im Ortsgruppenheim, Breitenweg 21, eine Padgruppenversammlung statt.

\* **4600 Mark unterschlagen.** Ein Angestellter war Vertreter bei einem Zigarettenfabrikanten. Er schlug die Fabrikanten in kurzer Zeit um 4600 Mark, indem er Zigarettenbestellungen fingierte, die Zigaretten mitsamt auf seine Rechnung verkaufte. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Strafulaufzeit erhebt er unter der Bedingung, den Schaden zu ersetzen.

\* **Herbstferien in Riesa.** Die alljährlich veranstalteten auch in diesem Jahre der Riesaer Riesaer Herbstfest und Umzug am 23. am 25. Oktober in Riesa seine Herbstfesten. Auch diesmal wird

# Die deutsche Presse.

## Ihre Besitzverhältnisse und Größe.

Die neuen Statistiken über das Zeitungswesen liegen jetzt vor in dem Verlag von Carl Duncker, Berlin, erschienenen „Handbuch der Weltpresse“.

Von 3267 Blättern werden z. B. nur 1,82 Prozent von Altiengeheften herausgegeben. Die Form der G. m. b. H.-Zeitung haben 7,03 Prozent der Verlage im Familienbesitz. Größtenteils weiterer A. G. und G. m. b. H. deren Anteil sich ebenfalls im Familienbesitz befinden, werden in Deutschland aber 81,66 Prozent der Zeitungen herausgegeben gegenüber 9,49 Prozent sonstiger Zeitungen, bei denen die Verlagsform nicht einzuleben ist.

Wie schon aus vorstehenden Ausführungen ersichtlich ist, befinden sich also nahezu 82 Prozent der gesamten deutschen Presse im Familienbesitz, denn selbst von den 78 Zeitungen, die als Altiengehefte aufgeführt sind, belanden sich im Jahre 1927 noch weitere 15 im Familienbesitz, und auch von den 359 Zeitungen, die in Form einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung betrieben wurden, waren ebenfalls die Anteile von 100 Unternehmen im Besitz solcher Familien, deren Vorkäufer die Unternehmensanteile im Alleinebesitz geführt haben.

Aber auch noch eine andere Aufstellung, die sehr deutlich zeigt, daß insbesondere die kleine und mittlere Presse eine überlegene Lage auszeichnet, ist die Aufstellung, daß, wenn hier zum Vergleich herangezogen werden.

Von 3689 in Deutschland erscheinenden Blättern hatten nur 0,7 % eine Auflage von über 100 000 Zeitungen.  
1,4 % hatte eine Auflage bis zu 100 000 Zeitungen.  
15,0 % hatte eine Auflage bis zu 50 000 Zeitungen.  
15,8 % hatte eine Auflage bis zu 10 000 Zeitungen.  
67,1 % hatte eine Auflage bis zu 5 000 Zeitungen.

Nachdem nun nur die Blätter bis zu 10 000 Auflage hinein, so ergibt sich wiederum ein höchster Prozentwert, nämlich 82,9 % und mehr, noch weiter geht und die Blätter bis zu 50 000 Auflage einschließt, die man gemäß nichts als großkapitalistische Unternehmen ansehen kann, so steigt der Prozentsatz dieser Zeitungsgruppen auf 97,9 Prozent an.

Wenn obenstehend gezeigt wurde, daß vierfünftel der deutschen Presse sich noch im Besitz einzelner Familien befinden, so zeigt die zweite Aufstellung,

daß die kleineren Zeitungen zweifelhafte der gesamten deutschen Presse bilden, 30,8 Prozent nehmen die Mittelbetriebe ein und dem Rest in der Tat nur eine winzige Großpresse in einem Ausmaß von 2,1 Prozent gegenüber.

Bei einer anderen Umfrage, die an die deutschen Zeitungen gerichtet wurde, ergab sich die Tatsache, an der man ebenfalls nicht vorbegehen kann, daß von 2924 Zeitungsbetrieben allein 2062, das sind rund 70 Prozent, ihre Blätter auf Schreibdruckpressen herstellen. Lediglich bei den größten Zeitungen betrieblich sind vorzeitlichen Rotationsmaschinen verbleiben nur 872 Betriebe, also nur 30 Prozent. Auch aus dieser Feststellung ergibt sich, selbst wenn man sich das Verhältnis zwischen der Flachdruck- und der Rotationsmaschine bei der Eröffnung aller Zeitungsbetriebe noch etwas verschließen könnte, daß die kleinere Presse nie überwiegt, also eine Betriebsform, die bestimmt kleineren Besetzungen zum Großkapital hat.

Wer unter solchen Umständen noch den Mut hat, davon zu sprechen, daß das internationale Großkapital die deutsche Presse in der Hand habe, der legt bewußt die Unwahrscheinlichkeit.

Zum Vergleich zwischen der deutschen und der ausländischen Presse, in der das internationale Großkapital tatsächlich dominiert, seien nur zwei Zahlen genannt. „Daily Mail“ bringt eine tägliche

Auflage von zwei Millionen Zeitungen heraus, „Welt Posten“ eine Auflage von täglich 1,8 Millionen. Neben diese Auflagen der ausländischen Zeitungen der der deutschen Zeitungen gegenübergestellt, dann ergibt sich für den unbesorgenen Beurteiler noch eine weitere sehr wichtige Folgerung daraufhin, daß die Zersplittertheit unserer deutschen Presse nicht von den Zeitungen hervergerufen ist, weil der deutsche Zeitungsleser einfach ein solches Blatt ablesen würde, wie er es in den vorgenannten großen ausländischen Zeitungen finden. Er verlangt eine individuelle Behandlung seines Landes, seiner Provinz und seiner Stadt.

Selbst in den größten deutschen Städten, in denen eine Berücksichtigung der oben genannten speziellen Verhältnisse sich vielleicht herausbringen könnte, können die die Erziehung lehrt, die dort herausgegebenen Kreisblätter, die mit den ausländischen noch gar nicht zu vergleichen sind, nicht über das Reichsmaß der Großstadt hinaus vordringen. Schon an der Peripherie der Reichsstädte, die nach mit dem Wirtschaftsrisiko und dem Großstadt-Leben immer verbunden ist, sehen wir wieder eine Lebens- und Leistungsfähigkeit der kleineren und mittleren Presse, die dem Weiterordnen der großen Zeitungen Einhalt gebietet.

Interessant ist es auch, einen Blick in die Betriebe der Zeitungen hineinzugucken bezüglich ihrer Größenverhältnisse nach dem beschrifteten Personal.

3 Betriebe mit über 2000 Pers. beschäftigen insgesamt 10922 Pers.  
3 Betriebe mit über 1000 Pers. beschäftigen insgesamt 3718 Pers.  
9 Betriebe mit über 500 Pers. beschäftigen insgesamt 6678 Pers.  
55 Betriebe mit über 201 Pers. beschäftigen insgesamt 16408 Pers.  
110 Betriebe mit über 51 Pers. beschäftigen insgesamt 28305 Pers.  
1100 Betriebe mit über 11 Pers. beschäftigen insgesamt 29325 Pers.  
575 Betriebe mit über 8 Pers. beschäftigen insgesamt 4375 Pers.  
984 Betriebe mit 1 bis 5 Pers. beschäftigen insgesamt 1684 Pers.

Aus dieser Aufstellung der Größenverteilung ergibt sich, daß die Zahl der überragend großen Betriebe verhältnismäßig gering ist und daß die Mittelbetriebe, die bestimmt nicht aus einer Zusammenfassung des internationalen Kapitals entstanden sein können, zweifelslos die stärksten Stützen der gesamten deutschen Presse sind.

Um Schluß wollen wir noch einen Blick werfen auf die Struktur der Presse in unserer eigenen Heimat.

Da ergibt sich, daß in der Provinz Sachsen mit 277 000 Einwohnern in 190 Zeitungsbetrieben 5477 Personen beschäftigt sind, es entfallen somit auf 100 000 Einwohner 5,8 Betriebe und 167 in Zeitungsbetrieben beschäftigten Personen.

In Preußen mit 17 171 000 Einwohnern in 609 000 Zeitungsbetrieben sind 120 Zeitungsbetriebe, in denen mehr als 2900 Menschen für Brot finden, das sind auf 100 000 Einwohner umgerechnet 7,5 Betriebe.

Der Freistaat Sachsen hat bei 351 000 Einwohnern 22 Zeitungsbetriebe, in denen 361 Personen beschäftigt werden. Das entspricht auf die Zahl von 100 000 Einwohner umgerechnet 6,3 Betriebe.

Am Gesamtvergleich kommt bei einer Berücksichtigung Deutschlands von 63 000 000 auf 18 701 000 Einwohner ein Zeitungsbedarf, wenn man dieser Zeitungszahl z. B. die der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüberstellen, wo das Zeitungswesen über viel stärkere Wirtschaftsquellen verfügt, so müssen wir feststellen, daß dort erst auf 62 000 Einwohner ein Zeitungsbedarf entfällt. Für England mit der entsprechenden Ziffer noch geringer, dort liegen einem Zeitungszähler 177 370 Einwohner gegenüber. Nur in der Schweiz und in Dänemark ist mit 1 zu je 80 000 am. mit 1 zu 18 000 die Dichte der Zeitungen größer als in Deutschland.

Hermann Niemi.

wieder den Besuchern ein in jeder Hinsicht interessanter Nachmittag werden. Den eigentlichen Reiz geht ein Geländejagd-Prüfung voraus, bei dem es eine Reihe schöner Naturkundenspiele, darunter zumal den alten Beobachtern der letzten Jahre vorbehalten. In den letzten Jahren hat die Jagd-Prüfung, unter dem Namen von wochbekannte Reiternamen findet, verpöndert einen guten Sport. Am Anfang der Jagd-Prüfung findet eine Jagd mit Auslauf statt, die von Unteroffizieren und Mannschaften der Garnison Halberstadt (St.-R. 12 und A.-R. 4) geleitet wird. Es folgt dann wieder ein Offizier-Jagdrennen über ca. 2000 m. Für Offiziere des Stabes Halberstadt. Sehr interessant verpricht das Ernst Giesecke-Jagdrennen zu werden. Den Schluß

bildet das Riesaerger Quaderreitern über ca 4000 m auf einer Höhe, die an Koh und Reiter erhebliche Anforderungen stellt. Hier gibt es zweimal die Hottimme zu durchqueren. Alles in allem werden alle Freunde des Sports mit und ganz auf ihre Stellen kommen. Der Reiter hat ein Recht der auch landschaftlich reizvollen Riesaerger Reitbahn am 25. Oktober man einzuholen werden kann. Die niedrigen Eintrittspreise (1. Platz 1.— RM, 2. Platz 0,50 RM), sowie die günstige Zuspäheftung (Halberstadt ab 14.07. 1930) an 14.21 Uhr lassen erhoffen, daß der Besuch dem des vergangenen Jahres in feiner Weise nachzusehen wird.

\* Die 6. Reichstag des Reitervereins Halberstadt und Umgegend findet am 22. Oktober d. J. statt. Gleichfalls für Teilnehmer 15 Uhr Schmittplatz Wege Bismarck-Gezetzplatz und Vangerleiener Weg. Aufgänger 14.45 Uhr am gleichen Ort, dort sofort erfolgige Führung.

\* **Warnung vor einem Professionschwärmer.** In letzter Zeit ist hier ein Betrüger aufgetreten, der Autoparaturwerkstätten aufsucht und angibt, Vertreter des „Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs G. B.“ in München zu sein und Mitglieder für den genannten Club werben zu wollen. Nachdem der Inhaber der Automechanikwerkstätten ausgeführt hat, läßt er sich 5 RM. Aufnahmegebühren auszuholen. Hierbei legt er eine von dem A.D.A.C. in München, auf den Namen War Nehmig ausgeteilte Bescheinigung vor, wonach er berechtigt wäre, Geld für den genannten Club zu kassieren. Durch Nachfrage bei dem A.D.A.C. in München ist festgestellt, daß der angegebene Nehmig zur Werbung von Mitgliedern nicht berechtigt und nicht befugt ist, Beiträge zu kassieren. Beschreibung: Etwa 42-48 Jahre alt, 1,75 m groß, schlankes Gesicht. Beim Sprechen läßt er mit der Zunge an. Beschreibung: Statur kräftig, grüner Mantel aus Dreifachschwarze Schürzhülle und blaue Sportmütze. Es wird vor dem angegebenen Nehmig gewarnt und gebeten, falls ein solcher Mann in Erscheinung tritt, sofort die nächste Polizei- oder Landgerichtsstelle zu benachrichtigen. Bearbeitende Dienststelle: Polizeipräsidium Magdeburg, Zimmer 204.

## Halberstädter Filmschau.

### Kammer-Lichtspiele.

Ammer wieder tauchen von Zeit zu Zeit sensationelle Meldungen von Wädhendählern auf, die sich freilich hinterher jumeit als falsch erweisen. Trotzdem ergibt solche Geschichte immer eine spannende Handlung, wie geschehen für den Film. Ein solcher Film mit dem Titel „Mädchen in Schwarz“ läuft zurzeit in den Kammer-Lichtspielen. Wenn auch die Handlung nicht gerade übermäßig ist, so gewinnt doch der Film durch äußere Arbeit in Photographie und Bildhaftigkeit, vor allem aber durch die Reihe bekannter, guter Darsteller. Der junge talentierte Kolff von Goltz spielt die Rolle des Betrügers der armen Mädchen, die von Elziga la Porta und Ebbill Porel dargestellt werden. Karl Falkenberg und Robert Garsson stellen ein Paar hübsche Eltern dar, deren Schicksal sich überaus ergreifend offenbart. Da sich zum Schluß alles zum Guten wendet, ist ein netter Unterhaltungsfilm entstanden. — Im zweiten Film „Macht gegen Eimen“ hat der bekannte Comboy-Darsteller Sach Hoze Gelegenheit, seine Reittänze und seine körperlichen Kräfte zu zeigen und dadurch alle Anschläge einer Werbendeberbande gänzlich zu überwinden. Im Programm folgt ein interessanter Kulturfilm vom Arbeiterleben in der niederen Ebene, ferner eine amerikanische Kinderoperette und die neue Wochenplan.

Für die

# Harzer Volksstimme

lann und darf deine Zeitung sein! Als Klassenbewußter Arbeiter steht du in der wüsten Parteizerrissenheit viel freier da, denn du der Sozialdemokratischen Partei angehörst und die „Harzer Volksstimme“ liest.

## Es ist die Solidarität

die uns alle verbindet und dem Einzelnen Sicherheit und Bewähr gibt, daß der Arbeiterstand siegreich alle Hindernisse überwinden wird. Darum steh zu deinen Schicksalsgenossen!

# 6x

in der Woche erscheint die „Harzer Volksstimme“. Täglich bringt sie dem um sein Brot kämpfenden Arbeiter die politischen und kommunalen Nachrichten aus Reich, Stadt und Land ins Haus. Das gute Feuilleton und die illustrierte Beilage „Volk und Zeit“ sind der begehrte Beifolg für die Familie

Bitte hier ausfüllen!

**Befellschein für die „Harzer Volksstimme“**  
Für den Monat Oktober 1931 befristet

Herr

Wohnort

Strasse u. Haus-Nr.

**Darum werbt**  
für die

## Harzer Volksstimme

## Aus Ochersleben

a. Sportvereinigung Teutonia. Donnerstag, 20.30 Uhr, im Vereinslokal „Grüne Tanne“ Mitgliederversammlung.

b. Verband der Nahrungsmittel- und Geflügelzüchter, Ortsgruppe Ochersleben. Am Freitag, dem 23. Oktober, abends 7 Uhr, findet bei „Sentrlich“ eine außerordentliche Funktionärerversammlung statt.

c. Wie wollen werden, wir wollen werden, was in Guch schlammern, vorhergen losst! Der Arbeiter-Turnverein „Bormärts“ veranstaltet unter diesem Motto am Sonntag, dem 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Stadtpark einen Wettkampf für Betriebsübungen. Eltern, schickt eure Kinder, ob es sich zur Schule gehen oder schon aus ihr entlassen sind, dort hin. Es wird großer Wert darauf gelegt, daß die Eltern selber kommen, damit sie sich überzeugen, was der Arbeiter-Turnverein will.

d. Gesellschafter der Arbeiterwohlfahrt! Erscheint heute Mittwoch abends 8 Uhr bestimmt zu der Mitgliederversammlung. Sie findet in der „Grünen Tanne“ statt. Gäste sind willkommen.

e. Das Gewerkschaftsreferat hält heute, Mittwoch, 20. Uhr, bei „Sentrlich“ seine Sitzung für Monat Oktober ab. Es ergeht an alle Delegierten der Fabrik, bestimmt zur Stelle zu sein.

## Aus Ocherwitz

am. Bauarbeiter-Vortrag. Am Freitag, dem 23. Oktober, 20 Uhr, findet im Reisgarten eine öffentliche Versammlung der gemeinsamen Volks-Bauarbeitervereine statt. Versuchen sie selber die Befreiung zu befehlen. Bauarbeitervereine Ocherwitz ist die einzige und erste, getragen von den Gemeinschaftsbekämpfern der Angestellten, Arbeiter und Beamten.

am. Gehl zur Winterhilfe. Aus der Bekanntmachung des Bürgermeisters in vorliegender Nummer ist zu ersehen, daß namentlich mit den Sammlungen zur Winterhilfe am 24. Oktober begonnen wird. Diejenigen Mitglieder, mit denen Bürgermeister Hartmann ein Sonderabkommen getroffen hat (Handwerker, Kleinrentner, Studierende, Kaufleute usw.), sind in den Listen nicht mit aufgeführt, und es wird dort nicht gesammelt. Die Stadt ist in 10 Bezirke eingeteilt; die Sammlungen werden von den Erwerbslosen durchgeführt. Es ist aber zu beachten, daß nur Personen sammeln dürfen, die mit der bezüglichen Liste versehen sind. Auch bitten wir ganz besonders, den Sammlern ihr Amt nicht durch unpassende Reden zu erschweren.

## Kreis Halberstadt

klein-Kreisrat, 20. Oktober. In der am Freitag stattgefundenen Gemeindevorversammlung wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der

Gemeindevorversammlung das Ansuchen des Gen. Rost & Co. a. d. R. zu seiner im November 1929 erfolgten Erteilung der Gemeindevorversammlung angehört, durch einen Nachruf. Die anwesenden Gemeindevorretter erhoben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen. Von der Beratung des Regierungspräsidenten betr. Aufhebung der von der Verfügung des Ministeriums über die Wohnungswirtschaft wurde Kenntnis genommen. Der Antrag für das Kaufangebot des alten Wasserwerks in Höhe von 51 M. wurde dem Bauarbeiter Carl Kradel sen. einstimmig erteilt. Für den Kammerlänger wurde eine einmalige Beihilfe von 50 M. bewilligt. Die Mittel für die Verlegung von 40 Stütz Jemenstößen in den Straßen der Gemeinde sind ebenfalls bewilligt. Für die Mittel für die Verlegung von 40 Stütz Jemenstößen in den Straßen der Gemeinde sind ebenfalls bewilligt. Für die Mittel für die Verlegung von 40 Stütz Jemenstößen in den Straßen der Gemeinde sind ebenfalls bewilligt.

am. Cäcilienchor, 19. Oktober. Eine Gemeindevorversammlung fand am Sonntag in der Gollmüchigkeit C. F. F. unter Leitung des stellvertretenden Gemeindevorretters, unseres Genossen Denede, statt. Die in der vorhergehenden Sitzung beschlossene Biersteuererhöhung ist vom Kreisrat nicht genehmigt worden. Die Vorberatung der Biersteuererhöhung ohne Einführung der Winterhilfe wird durch den Bürgermeister nur um 100 Prozent und bei Festsetzung der Marktbeiträge genehmigt werden kann. Die Gemeindevorversammlung beschloß darauf, hin einstimmig, die Genehmigung für die zulässige Biersteuererhöhung ohne Einführung der Winterhilfe bei Angabe der Marktbeiträge einzufordern. Der Gemeindevorretter Genosse Denede wurde von der Gemeindevorversammlung ermächtigt, für die vor kurzem sehr zurückgegangenen Nachsumme zu erheben. Wegen Ablauf der Amtszeit des jetzigen Schiedsmanns lag der Gemeindevorversammlung die Neuwahl ob. Es wurde der bisherige Schiedsmann, Lehrer Kreutz, einstimmig auf die Amtszeit von drei Jahren wiedergewählt. Sodann wurde die Einführung einer Winterhilfe in dieser Gemeinde beraten. Genosse Denede hatte der Mehrzahl mitgeteilt, daß wegen der großen Zahl dieser Winterhilfe eine Sammlungen nur für diese in Frage käme. Er beschloß eine Winterhilfe in der Gemeinde durchzuführen. Er bat die Gemeindevorversammlung Vor schläge zu machen. u. Lambert-Benda (B.) führte dar-

aus, einfach eine Sammlung vorzunehmen, sei nicht richtig, man wolle nicht, was jeder Einzelne bedürftig sei. Es könne eine große Anzahl Spenden zusammen kommen und man hätte keine 25, nehme (2?) dafür. Darum müßten die Bedürftigen ihre „Bündel“ dem Gemeindevorretter erst einmal vorlegen. Gen. Kreutz trat dem entgegen und sagte, die Bedürftigkeit sei sehr groß. Man brauche wirklich nicht erst nach den „Bündeln“ der Bedürftigen zu fragen. Bevor jedoch schon aus Verlegenheit gebracht würde, müsse erst einmal geklärt werden, Genosse Denede kam dann noch auf den Fall Bismarck zu sprechen. u. wurde vor längerer Zeit auf der Chaussee nach Osterfeld von dem Gutswärter Wolf, Hoppenstedt, früher hier auf dem Gute beschäftigt, mit dem Motorwagen angefahren und zwar so unglücklich, daß Adam-Lichtenfeld ein Bein abgenommen werden mußte. Bedauerlicherweise ist der Unglückliche geistlich rückständig, und die Maßnahmen der Polizei und des Gerichts lassen sich zu münden über. u. kommt nun diese Woche aus dem Krankenhaus heraus. Die Gemeinde muß ihm Unterbekleidung beschaffen. Die menschliche Nächstenliebe des Herrn Rittersgutsbesitzers u. Lambert-Benda als langjähriger Arbeitergeber des Bismarckhofes reißt lowei aus, daß er dem u. ein 319 S. Hund geben wollte. Herr u. Lambert-Benda als Kirchenpatron macht der evangelischen Kirche auch die Betreuung für den bedauerlichen Unglücklichen die Summe von 1000 Mark weit überschritten hat, fragen wir angelehnt der großen Kassennot der Gemeinde und des Kreises den Bezirksfürsorgeverband: 1. Warum ist der Motorwagenfahrer Wolf (der vor diesem Unfall mit u. eine andere Person auf derselben Straße angefahren hat) bisher nicht zum Schadensersatz herangezogen worden? 2. Warum gibt nicht die Landesversicherungsanstalt? Welche, weil die Quotenzahlung keine Beiträge abführt? Wenn letzteres zutrifft, warum greift nicht die Staatsanwaltschaft durch? Die Winterhilfe soll hier nun so durchgeführt werden, daß die Bedürftigen von dem Gemeindevorretter mitteilen, was sie notwendig haben müssen: Nahrungsmitel, Kleidung und Brennmaterialien.

## Aus Quedlinburg

am. Das Operngesellschaft der Salschläder am Donnerstag, dem 22. Oktober, steht vor der Tür! Kein Raum für was das Interesse für eine Theateraufführung so groß wie diesmal. Drei Stunden, schön ist die Welt! bannen auf Wochen hinaus alle Sorgen. Aber die Zeit drängt. Die Karten für die Opernaufführung sind bald wie Eis in der Sonne. Das Gastspiel wird ein Ereignis für Quedlinburg.

am. Quedlinburg in der Statistik. Dem Verwaltungsbericht der Stadt entnehmen wir nach folgende Angaben: Folgende steuerpflichtige Berufstätigen fanden statt: 30 Theateraufführungen (i. B. 25), 40 Konzerte (i. B. 25), 10 141 Unterhaltungsvereinsveranstaltungen, 820 (i. B. 464) Kinovorstellungen, 1160 (i. B. 865) Tanzveranstaltungen.

# Die anerkannt guten und leistungsfähigen Firmen für Bau, Eigenheim und Lebensbedarf! in Oschersleben (Bode)

<h3>Die richtige Bautischlerei</h3> <p>umtreiblich die Bau- und Möbeltischlerei Wachhaus &amp; Hoffmann, Mittelstr. 22</p> <h3>Wenn Sie bauen wollen</h3> <p>befragen Sie bitte vorher und! Sie werden gut beraten sowie gut u. preiswert beliefert!</p>	 <h3>Bekannt</h3> <p>für allergrößte Auswahl! für allerbeste Qualitäten! für allerbilligste Preise! für allerbeste Bedienung!</p> <p>Das führende Kaufhaus für Sie!</p>	<h3>Heinrich Klix</h3> <p>Baugeschäft und Holzhandlung Hämmelstr. 40 Fernsprecher 424</p> <p>Ausführung sämtl. Bauarbeiten Bau-Entwürfe Statische Berechnungen</p> <p>Spezialität: Schönergestaltete Häuser Komplette Siedlungsabgaben</p>	
<h3>Die Dampf-Ziegelei</h3> <p>Otto Kruse / Ziegelstraße / Fernruf 406</p> <p>ist bekannt für Lieferung erstklassigen Baumaterials. Wer bauen oder umbauen will, bevorzugt daher nicht auswärtige Firmen, sondern die einheimischen, einmal der guten Bedienung wegen und dann zur Verminderung der Arbeitslosigkeit in Oschersleben!</p>	<h3>Der richtige Ofen schafft</h3> <p>erst Gemütlichkeit im eigenen Heim. Wollen Sie hierin gut u. zuverlässig bedient sein, dann wenden Sie sich bitte an das Ofengeschäft <b>Albert Schweitzer</b>, Gartenstraße Nr. 37</p>	<h3>Bevorzugt</h3> <p>einheimische Industrie einheimischen Handel einheimisches Gewerbe</p> <p>Ihr mindert dadurch in Oschersleben die <b>Arbeitslosigkeit!</b></p>	
<p>Donnerstag u. Freitag</p> <h3>Seefische</h3> <p>sowie täglich frische Räucherwaren</p> <p>kaufen Sie stets preiswert und gut im alten Geschäft bei</p> <p><b>Carl Günther</b> Halbesriedenstr. 92</p>	 <h3>Warum DER ECHTEN Zigarillos?</h3> <p>Weil aus feinsten Tabaken hergestellt, leichte, würzige Qualität, staub- und rippenfreie Blatteneige, erstklassiger Brand; deshalb so köstlich und gern geraucht!</p>	<h3>Was - Sie können nicht</h3> <p>hier in Oschersleben ein gutes Baugeschäft finden, das Ihnen Ihre Wünsche restlos erfüllt und Ihnen jede Reparatur ausführt</p> <p><b>?</b></p> <p>Halten Sie bitte Umfrage! Sie werden auch von Oscherslebener Firmen gut bedient und brauchen Ihr Geld nicht nach auswärts zu bringen.</p>	
<h3>Musikmeister H. Unger</h3> <p>Kurzestraße Nr. 8 Fernruf 150</p> <h3>Stadt-Orchester</h3> <p>Blas-, Streich-, Operetten-, Ensemble-Musik</p> <p>Auf Wunsch individueller Privat-Unterricht auf sämtlichen Instrumenten für Kammer-Musik Honorar mäßig</p>	<h3>Ich bitte Sie</h3> <p>zu mir zu kommen, wenn Sie bauen wollen oder Ihre Gas-, Wasser- oder Lichtleitung nicht richtig funktionieren. Ich helfe Ihnen schnell, gut und billig in allem.</p> <p><b>Karl Schae</b>, Klempner und Installations-Geschäft / Hornhäuserstraße 8 / Fernruf 522</p>	<h3>Verlangt überall</h3> <p>die neue Kaffee-Verfahren mit dem Regenraden. Jede Tüte enthält 16 Becherportionen. Diese Mischung - ein einzigartiges Ballet nur 50 Pf. - enthält drei Viertel guten Kaffees und ein gutem, reinem Vollkornkaffee</p> <p><b>25 Prozent!!</b></p>	
<p>Vornehmste Pflicht unserer Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sowie ihrer Angehörigen ist es, die vorstehenden Firmen in allererster Linie zu berücksichtigen und ihrem Bekanntheitskreis nachdrücklich zu empfehlen. Beachtet immer und immer wieder - heute mehr als je! - diejenigen Firmen, die durch öfteres Inserieren im „Halbersädter Tageblatt“ ihr Interesse an Eurer Kundschaft zeigen! Keinem andern Euer Geld!</p>			<h3>Das gemütliche Kaffeekränzchen</h3> <p>möchte nach dem stillen Wunsch der Teilnehmerinnen am liebsten gar nicht zu Ende gehen. Warum? Weil die einladende Hausfrau einen geradezu wunderbar schmackhaften und aromatisch duftenden KAFFEE verarbeitet hat. Und wo hat sie diesen guten Kaffee gekauft? Nur</p> <p>bei <b>Erich Clewe</b> Hornhäuserstraße Nr. 88</p>

gen, 1 (i. B. 0) Balletveranstaltungen, 239 (i. B. 110) Schaufellungen und 336 sonstige Vergnügungen, insgesamt 12.466 gegen 11.301 im Vorjahre. — **Polizei** in der Eintragung: Erwiesen wurden im Rechnungsjahr erloscht 231 (i. B. 380) über Verbrechen aller Art mit 288 (i. B. 455) Beschuldigten, 202 (i. B. 794) über Vergehen (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Hehlerei und Begünstigung) mit 955 (i. B. 985) Beschuldigten, 425 (i. B. 371) über Verbrechen gegen die Staatsgewalt. Beschuldigungen mit der Regelung von Verbrechen, schwerer Körperverletzung, Beunruhigung, unerlaubter Waffenbesitz und Jagdvergehen mit 628 (i. B. 523) Beschuldigten, 60 (i. B. 114) Fälle von Verbrechen gegen die Gewerbeordnung, mit 65 (i. B. 120) Beschuldigten, 11 (i. B. 9) Sittenfalle mit 15 (i. B. 17) Beschuldigten, 17 (i. B. 10) Verurteilungen gegen das Jugend-Erziehungsgesetz, Kinderbeschulung, Beschuldigung des Feuerpolizeiverordnungs mit 18 (i. B. 11) Beschuldigten, 1288 (i. B. 1048) Uebertretungen aller Art mit 1320 (i. B. 1104) Beschuldigten; insgesamt wurden bei nach in Durchföhrung angelegt 2804 (i. B. 2735) Beschuldigten, 60 (i. B. 8220) Beschuldigten, außerdem gingen von anderen Behörden ein und wurden hier bearbeitet 343 (i. B. 331) Sachen mit 377 (i. B. 356) Beschuldigten. — **Städtische Betriebe:** Die Gesamtabgabe an Gas betrug 2.924.280 ccm (i. B. 2.887.900). Die höchste Abgabe erzielte der Monat Januar mit 293.240 ccm (i. B. Dezember mit 295.720), die niedrigste der Juni mit 189.740 (i. B. Juni mit 190.810) ccm. Die Durchschnittsabgabe betrug monatlich 245.600 (i. B. 240.600) Kubimeter. — **Zn Elektrizität** wurden abgegeben 2.217.916 kWh (i. B. 2.182.132), 1914: 553.500 kWh. Die höchste Stromabgabe erfolgte im Dezember mit 260.280 kWh (i. B. Dezember mit 241.934), die niedrigste im Juni mit 132.608 kWh (i. B. Juni mit 137.387 kWh). Die Durchschnittsabgabe betrug monatlich 184.826 kWh (i. B. 181.844 kWh). Die größte Leistung wurde abgegeben: 808.611 cwh (i. B. 871.037). Die größte Leistung wurde abgegeben: 808.611 cwh mit 84.820 cwh (i. B. April mit 90.016), die geringste der Februar mit 53.714 cwh (i. B. 52.182.132), 1914: 553.500 kWh. Die höchste Stromabgabe betrug monatlich 67.348 cwh (i. B. 80.920). — **Städt. Schlachthof:** Es fanden insgesamt 14.344 (i. B. 15.042) Schlachtungen statt. Am einzelnen wurden geschlachtet 67 (i. B. 56) Ferkel, 564 (i. B. 581) Bullen, 630 (i. B. 727) Kühe, 371 (i. B. 619) Pferde, 110 (i. B. 158) Schweine, 1587 (i. B. 1783) Kälber, 1100 (i. B. 1146) Schafe, 116 (i. B. 181) Ziegen, 9288 (i. B. 9545) Schweine, 258 (i. B. 355) Pferde, 23 (i. B. 29) Fische, 11 (i. B. 20) Hengstämmer. Auf der Fleischbank wurden 16.276 kg. Fleisch (i. B. 14.673) verkauft. — **Städt. Badeanstalt:** Es wurden insgesamt 91.920 (i. B. 83.020) Bäder verabfolgt, und zwar 47.837 (i. B. 51.148) Schwimmbäder, 16.997 (i. B. 14.195) Brausebäder, 15.360 (i. B. 15.396) Bännenbäder, 1726 (i. B. 2317) Freibäder.

Die Ortsgruppe der Wirtschaftspartei ist seit entlassen Am Montag wurde beschlossen, die Ortsgruppe aufzulösen. Offener ist chronischer Mittelohrentzündung Schmidt an dieser Stelle.

### Kreis Duedlinburg

Veranstalten, 20. Oktober. Am Sonntag nachmittag fand im Regimentschen Lokale eine Parteiverammlung statt. Die Besammlung beschloß sich zunächst mit der Arbeiter-Wohlfahrts-Beihilfen-Gesellschaft und beschloß 150 Lote anzufordern und zu vertreiben. Sodann wurde über die Abhaltung und die Ausgestaltung der Revolutionsfeier verhandelt. Es wurde beschlossen, mit Rücksicht auf die Schwere der Zeit einfachste Ausgestaltung zu wählen und des Tages nur durch eine Verlesung zu gedenken. Eine eingehende Ansprache ließ die Organisation der Winterhilfe in unserer Gemeinde aus. Die Genossen Hoffmeister und Böse äußerten sich in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Ortswohlfahrtsausschusses und unterbreiten ihre Vorschläge, die einmütig gebilligt wurden. Verschiedene Anregungen und Anfragen veranlaßten die Gemeindevorstands-Fraktion, die Einberufung einer Gemeindevorstandssitzung zu beantragen, aus dem Besonderen Aufzählung über die Unterstützungen der Winterhilfe für die Gemeinde herbeizuführen und Stellung zur Winterhilfe zu nehmen. Die Abpflücker der Gewerkschaft wurde geprüft und beschlossen die Satzung der Reichsorganisation gebilligt.

### Aus Thale

id. Das Fest der Silbernen Hochzeit konnten der Dochtbeiter Paul Koch und Frau und das Ehepaar Walter Bartheime, Blankenburger Straße, feiern.

### Mitteldeutsche Rundschau

Noch eine Gemeinde, der das Geld ausging.

Blankenburg. Seit dem 1. Oktober warfen Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeindeverwaltung auf ihre Gehälter und Löhne. Wenn auch anzunehmend ist, daß, wie in den gang gelesenen Fall Minnowald, das Land Preußen hier in Hüttenrode der kreuzschweilige Staat die Stellen mit einem außerordentlichen Zuschuß nachträglich ausfüllt, so liegen hier doch bedenkliche Zustände vor, denn Hüttenrode und Minnowald beides nicht die einzigen Gemeinden, die vorübergehend wegen vollständiger Mittellosigkeit ihre Zahlungen nicht leisten können. Einmalen hat man in Hüttenrode die Fortschrittsliste schließen müssen.

### Unterhaltungen in der Stationskaffe.

Weihnachten. Wegen Unterhaltungen, die schon seit längerer Zeit verfallen sind, sind drei Beamte der Stationskaffe des Weisenfelder Bahnhofes verhaftet worden. Die Unternehmung schwebt, so daß Rückwärts nicht zu erfahren ist. Mit dem nächsten gemeldeten Unterhaltungen bei der Darlehenkasse soll diese neue Angelegenheit nicht in Zusammenhang stehen.

### Brutaler Raubakt eines Hengstweibens.

Stochfarnen. Als hier ein junger Mann von einem jungen Mädchen, das er zu einem abendlichen Spaziergang durch den Park aufgefordert hatte, abgewiesen wurde, geriet er darauf in Wut, daß das Mädchen so Boden warf und schelte. Dann stopfte er, um sie am Schreien zu verhindern, dem Mädchen einen Knobel in den Mund und warf die Beschlüsse in die Wipper. Zum Glück bemerkte ein vorübergehender Arbeiter den Körper im Wasser. Er zog das Mädchen ans Ufer und befreite es aus seiner hilflosen Lage. Der Täter konnte ermittelt werden; gegen ihn ist ein Verfahren wegen Mordverdachts eingeleitet.

### In der Miltzbrade durch Gefe gefaßt.

Groß-Corbach. Beim Zeeren seiner Miltzbrade wurde hier ein Arbeiter von Gafen gefaßt und hier rückwärts in die Gasse zurück. Das gleiche Geschick traf seine ihm bei der Arbeit beschlossene Frau. Nachharn kamen den Weiben zu Hilfe und schafften sie an die frische Luft.

**Denkt an die Solidaritätshilfe der Arbeiterwohlfahrt!**

### Der Prophet mit dem weißen Käse.

Ein verächtliches Urteil über Josef Weisenberg.

Nach einer ausführlichen Revisitaufnahme in zwei Verhandlungstagen verurteilte die Kleine Strafkammer des Landgerichts Berlin das Urteil in dem Prozeß, dem „Prophet“ Josef Weisenberg gegen den Redakteur Werner Fressch von der „Zeitschrift für Volksaufklärung gegen Kurpfuschertum und Heilmittelschwindel“, angekreuzt hatte. Am ersten Anlauf war der festgesetzte Redakteur, der das Treiben Weisenbergs als „gemeingefährlich“ und „schwindelhaft“ bezeichnet hatte, freigesprochen worden. Die Strafkammer bestätigte dieses Urteil und wies die Berufung des Käfers mit einer vernichtenden Urteilsbegründung ab. Es heißt darin:

Zweifellos drohe die Tätigkeit Weisenbergs der Allgemeinheit gefährlich zu werden, wenn er auch sicherlich in manchen Fällen, so bei nervösen Erscheinungen, Heilerfolge erzielt habe. Aber die maßlose Art der Verurteilung von eifigen Käfern, Schafgarben und Wäldungen sei zur Heilung wenig geeignet und überaus gefährlich. Auch die sinnlose Behandlung mit der „Lebensschmerz“, mit der er bei den Patienten die bösen Geister austreibe und seine „Heilmittelbehandlungen“ seien nach menschlichem Ermessen für eine Heilbehandlung unmöglich. Außerordentlich gefährlich sei vor allem die Verurteilung der Behandlung mit der „Keltiglo“. Man könne es nur als verwerflich bezeichnen, wenn sich der Käfer auf Bildern mit der Lebenskraft: „Zeit und Gott“ verherren lassen und dabei als göttlicher Mensch und Fleisch geborener Heiliger bezeichnen lasse. Sicherlich gehe eine starke jugendliche Kraft von ihm aus, die aber nur die hysterische Veranlagung in Menschen auslöse und verschlimmere. Das Gericht sei auch in der Überzeugung gelangt, daß das Treiben des Käfers als „in der Welt nicht rechtfertigbar“ werden könne, da sowohl sein Vorhaben als sein Agieren nicht als ein religiöser Führer für einen Menschen mit normalen Maßstäben irreführend sei.

### Georg Engel gestorben.



Georg Engel, meistens Kreisen bekannt durch seine zahlreichen Romane, wie „Die Herrin und ihr Knecht“, „Claus Störtebeker“ usw. und Dramen (u. a. „Lieber den Waffern“), starb in Berlin im Alter von 65 Jahren. Georg Engel war ein humorvoller, sehr lebhafter Erzähler. Als Vorhänger des „Berndes deutscher Erzähler“ bemühte er sich, in sozialer und allgemeiner Hinsicht die Interessen seiner Berufscollegen zu wahren.

### Zusammenstöße in Offen.

213 Verhaftungen. In Offen-Borbach wurden am Dienstagabend mehrere Polizeibeamte von etwa 200 kommunistischen Demonstranten mit Steinen beworfen. Außerdem wurden auf die Beamten Schiffe abgeworfen. Sie erwiderten das Feuer. Verletzt wurden drei junge Männer durch Schulleter, Rauch- bzw. Öfenrauchschuß. Auch in anderen Stadtteilen von Offen kam es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei. Insgesamt wurden 213 Verhaftungen vorgenommen.

### Theater-Konkurs in Amerika.

Newport, 21. Oktober. (Eig. Funkst.) Americas größtes Bühnenunternehmen, der Schiller-Theater-Konzern, ist in Konkurs gegangen. Die Passagen betragen 20 Millionen Dollar. Der Substanz-Konkurs unterliegt in Amerika Dutzende von Bühnen, die sehr häufig beliebte Stücke spielen und auch oft deutsche Schauspieler beschäftigen. Der Zusammenbruch des Konzerns ist nicht zuletzt auf die schwierige Wirtschaftslage, in der sich auch Amerika heute befindet, zurückzuführen.

### Der Rückgang des Trinkbranntweinkonsums.

Nach den letzten veröffentlichten Gesamtzahlen für den Trinkbranntweinabfuhr für das Ende September abgeschlossene Betriebsjahr 1908/09 der Monopolverwaltung sind rund 445.000 hektoliter Trinkbranntwein abgeführt worden gegen rund 496.000 hektoliter im Vorjahre, also ein Rückgang um rund 50.000 hektoliter. Noch vor zwei Jahren wurde rund doppelt soviel und im letzten Vorjahre fast viermal soviel Trinkbranntwein verbraucht. Dieser starke Rückgang ist wohl weitgehend eine Folge der überhöhten Besteuerung.

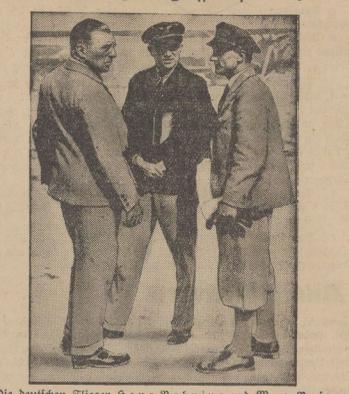
### Amerikanisches Gold für Frankreich.

Paris, 20. Oktober. (Eig. Drahtst.) Zwei umfangreiche Goldlieferungen aus Amerika sind am Dienstag in Überburg eingetroffen. Die „Europa“ brachte 380 und die „Australia“ 350 Haufen Gold in Werte von rund einer Milliarde Francs. Am Mittwoch werden mit dem Dampfer „Deutschland“ und „Präsident Roosevelt“ wieder 600 Haufen Gold erwartet.

### Scheringer will ausbrechen.

Der frühere Reichswirtschaftsminister Scheringer, der bald nach seiner Verurteilung durch das Reichsgericht von den Nationalsozialisten zu den Kommunisten überlieferte, hat dieser Tage aus dem Untersuchungsgefängnis in Moabit einen Ausbruchversuch unternommen. Scheringer befindet sich seit der Verurteilung der Festungshaft in Moabit, weil gegen ihn ein Verfahren wegen Hochverrats schwebt. In der Nacht zum vorangehenden Dienstag versuchte er mit einer Feile einen Gitterlauf in seiner Zelle durchzuschlagen. Der Ausbruchversuch wurde jedoch frühzeitig bemerkt. Scheringer wurde daraufhin unquartiert und in einer besonders sicheren Zelle untergebracht.

### Zum Fliegerangriff auf Rom.



Die deutschen Flieger Hans Bohning und Max Rainer (mit Pfeilen), die dem angehenden Engländer Morris, alias Lauro di Rossi in Höhe der Stemma-Flugzeug verurteilt, sind von den französischen Behörden festgehalten worden, da sie im Verdacht standen, an dem Abwurf der antiluftschiffen Flugblätter über Rom beteiligt gewesen zu sein. Die beiden Flieger, die völlig im Sinne Gläubigen behandelt haben wollen, sollen nach Deutschland abgeschoben werden.

In den Tod gegangen. Der kürzlich seines Amtes enthobene Direktor der in finanzielle Schwierigkeiten geratenen Darmstädter Volksbank, Weiler, hat seinen Leben ein Ende gemacht. Nachdem Weiler bereits am Tage des Schalterstufes der Darmstädter Volksbank einen missglückten Selbstmordversuch unternommen hatte, fanden ihn Spätzügler auf dem Dampfer in einem Gehölz erhängt auf. Weiler hatte sich außerdem die Pulsadern geöffnet.

In dem Krebserleber Abtreibungsprozeß gegen den praktischen Arzt Dr. Seio machten fünf familiäre Zeugen wesentliche andere Angaben als in der Voruntersuchung, über deren inquisitorische Methoden sie sich aufs härteste beklagten. So berichtete eine als Zeugin vernommene Frau, daß sie im Stadium der Voruntersuchung trotz ihrer schweren Augenkrankheit vier Tage lang in Untergrundhaft genommen war. Die Zeugin ist schließlich in den Hungerstreik getreten. Später teilte ein Arzt ihre vollkommene Entkräftung mit. Der zu dem Fall vernommene Untersuchungsrichter erklärte, nach seiner Meinung nur seine Pflicht getan zu haben.

Ehrenfest in Paris. Der von der Wiener Staatsanwaltschaft gebildete frühere Direktor der Oesterreichischen Credit-Anstalt und Mitbegründer der Anstalt, Fritz Ehrenfest, hat aus Paris an seinen Wiener Rechtsanwalt ein Telegramm geschickt. Ehrenfest, der des Betruges beschuldigt wird, behauptet, daß er den Verdächtigten keine genaue Angabe bekanntgegeben habe; er stehe ihnen jederzeit in Wien zur Verfügung.

„Sachverständiger“ Schöffer. Gegen den Berliner Stadtmagistrat Schöffer, der am Montag im Elster-Przeß als Zeuge vernommen worden ist und der ursprünglich für den weiteren Verlauf des Elster-Przeßes als Sachverständiger vorgelesen war, ist auf Grund seiner im betreffenden Zeugnisausagen eine Disziplinäruntersuchung eingeleitet worden. Bereits am Montag hatte die Staatsanwaltschaft, für die Schöffer in der Elster-Voruntersuchung den gesamten Kontext der RFB und WFB bearbeitet hat, auf die Berechnung Schöffers als Sachverständiger vorläufig verzichtet. In den Punkten RFB und WFB, muß die Anfrage schriftlich als erfüllt gelten.

Franziska Elmenschick gestorben. Die bekannte Tragödin Franziska Elmenschick ist nach einer Meldung Berliner Wäiter am Dienstag im Alter von 84 Jahren auf dem Bestattung ihres Sohnes in Herford in Bayern gestorben. Sie wirkte u. a. an den Theatern in Kassel, Hannover, Leipzig, Dresden, Hamburg, Berlin und galt eine der größten Künstlerinnen der deutschen Bühnen.

Verleitetes Bahnpatent in der Hofschloßkammer. Bei dem Streckenwärter der Eisenbahnstraße, die bei Romore über die Donau führt, erlosch nach einer Meldung aus Prag am Montag nationale Schmelzflug Budapest-Prag Verhaftung hatte. Als der Streckenwärter durch die Strecke abging, fand er auf der Erde zwei auf den Gleisen liegende Steinblöcke von je etwa 70 Kilo Gewicht. Durch Beschleunigung gelang es dem Wärter, den Schmelzflug im letzten Augenblick zum Halten zu bringen. Die ungarischen und tschechischen Grenzbeamten wurden von dem Vorfall benachrichtigt. Die Hofschloßkammer Grenzschutz hat bereits eine bestimmte Spur aufgenommen.

Anschuldigungen gegen einen Gerichtswohlfahrer. Das Biegniger Schöffengericht verurteilte am Dienstag den Landwirt Richard Dreßler aus Barshof bei Biegnig wegen Landfriedensbruch zu zwölf Monaten Gefängnis, den Fleißschaffner Paul Hoge aus Prinnendorf zu 4 Monaten Gefängnis und den Landwirt Erich Kundt aus Barshof zu vier Monaten Gefängnis. Am 2. April ds. Js. kam es in Barshof Kreis Biegnig anlässlich einer Zwangsversteigerung zu schweren Ausschreitungen. Etwa 1000 der Landvolkbewegung angehörende Landwirte gingen in gemeinsamer Weise gegen den Obergerichtswohlfahrer Happe auf, um Biegnig vor. Happe erhielt zahlreiche Fußtritte und Schläge, wurde an den Schenkel gezogen und von der Menge hochgehoben. Nur durch einen Zufall entging er schweren Verletzungen. Sein Blut wurde schwer beschädigt und mit Spatenstücken bemalt. Zunächst wurde gegen 78 Landwirte ein Verfahren wegen Landfriedensbruch eingeleitet worden. Die Voruntersuchung ergab gegen die Mehrzahl der Rombs Angeklagten erhebendes Material, jedoch nur gegen vier der Rombs Angeklagten erhoben worden war.

Der kommunalistische Generalsekretär auf das Verleumdungsdelikt der Nationalsozialisten in der Schillingstraße in Berlin ist bereits vollständig aufgeführt. Die beiden Kommunisten, die unmittelbar nach der Tat am Montagabend verhaftet wurden, und in deren Besitz die Beamten zwei Pistolen fanden, haben inzwischen ein umfassendes Geständnis abgelegt. Es sind zwei Arbeiter, die Mitglieder der kommunistischen Partei sind. Am Dienstag hat die Polizei noch zwei Personen verhaftet, die ebenfalls an dem Feuerüberfall beteiligt waren.

# 2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 246

Mittwoch, den 21. Oktober 1931

6. Jahrgang

## Der Favagsumpf vor Gericht.

Frankfurt/Main, 20. Okt. (Eig. Drahtb.) Der dritte Verhandlungstag im Favag-Prozess beginnt mit der Vernehmung des Angeklagten der Röhling-Bank, Wahmannsdorf. Der Zeuge betreibt, daß er zwar bei der Transaktion zwischen seiner Bank, die von der Favag ein Aktienpaket für 2 Millionen Mark übernahm, und dem Frankfurter Konzern die Verhandlungen für seine Firma geführt habe. Eine Provision habe er dafür aber nicht erhalten, weil er Angekletter war.

Als zweiter Zeuge wird der 64 Jahre alte langjährige Aufsichtsvorstand der Favag, Adolf Hoff, aufgerufen. Der Zeuge war 19 Jahre Mitglied des Aufsichtsrats. 1924 wurde er Vorsitzender des Aufsichtsrats bei der Favag. Er gibt an, daß er die Urkunden über die Provision in Höhe von 500 000 Mark unterzeichnet habe, ohne zu wissen, daß davon 400 000 Mark an die Favagdirektoren Dumde, Bester, Schubmader und Andler abgeführt werden sollten. Hoff betreibt weiter, daß ihm noch

einige Namen von Zeilen Herren, die eine Provision zu bekommen hätten, von Generaldirektor Dumde genannt worden seien. Zweifellos hätte Dumde bei jeder Gelegenheit seinen Aufsichtsratsvorsitzenden nach allen Regeln der Kunst befragt. Ob der angeklagte Direktor Bester in dieser Unterredung anwesend war, kann der Zeuge Hoff mit Bestimmtheit nicht sagen.

Durch Fragen des Vorsitzenden und der Beisitzer wird im einzelnen festgestellt, daß der demselbe Aufsichtsratsvorsitzende Hoff, ohne jemals von den Verhandlungen im einzelnen etwas erfahren zu haben, durch Vorlegen von zwei Schriftstücken vor vollkommene Tatsache gestellt wurde. Demgegenüber beruht sich Hoff auf sein, durch eine 30jährige Zusammenarbeit mit Dumde begründetes Vertrauen. Um die Einzelheiten für die Verteilung der 100 000 Mark an die Favagdirektoren habe er sich nicht gekümmert.

Vorsitzender: „Was hätten Sie getan, wenn Sie erfahren hätten, daß Sie über die Empfänger der 400 000 Mark geäußert worden seien?“ Zeuge Hoff: „Ich hätte mich sofort mit den anderen Aufsichtsratsmitgliedern in Verbindung gesetzt.“

Trotz wiederholter Fragen des Vorsitzenden, des Staatsanwalts und mehrerer Beisitzer gibt der Zeuge Hoff niemals die Antwort, daß er dann Strafanzeige hätte erstatten müssen. Auf die Frage, ob er willenlos alles unterzeichnet habe,

was ihm vom Generaldirektor Dumde vorzulesen wurde, betreibt der Zeuge, daß er einmal Widerspruch erhoben hätte. Das war als Dumde für ihn, Hoff, eine jährliche Entschädigung von 20 000 Mark beantragte, weil er auf seine ihm vertraglich zustehende Dienstwohnung verzichtete. Zeuge Hoff hat diese Summe für zu hoch gehalten, zum Schluß aber doch nachgegeben.

Unter allgemeinem Ächzeln begründet Hoff seine eigenartige Kontrolltätigkeit gegenüber den Favagdirektoren damit, daß man ihm bei der Lebensnahme des Aufsichtsratsvorsitzenden gesagt habe: „Als Vorsitzender eines Aufsichtsrats dürfen Sie niemals kleinlich sein.“

Es wird dann noch festgestellt, daß der Aufsichtsrat der Favag zweimal im Jahre zusammenkam. Manches Jahr aber auch nur einmal — und bei jeder der Versammlungen etwa 7000 Mark, im letzten Jahr sogar 20 000 Mark erhielt, während die einzelnen Aufsichtsratsmitglieder im letzten Jahr 10 000 Mark und in den früheren Jahren etwa 4000 Mark dafür bezogen. Ein Beisitzer fragt bei dieser Gelegenheit: „Wenn Sie bei mehreren Gesellschaften nur Aufsichtsrat sind, verzeihen Sie dann die Besüge?“

Die Frage löst allgemeine Heiterkeit aus. Rechtsanwalt Kappas-Berlin stellt dann Beisitzertrage zu seiner Behauptung, daß seit 1914 in der Favag übungsgemäß Con-

bervergütungen gezahlt wurden und beantragte dazu die Zahlung weiterer Zeugen.

Der Aufsichtsratsvorsitzende Hoff muß im weiteren Verlauf seiner Vernehmung zugeben, daß er über die 100 000 Mark Provision an die Favagdirektoren aus eigener Machtvollkommenheit verfügt habe, ohne ein weiteres Mitglied des Aufsichtsrats vorher oder nachher zu verständigen. Einige Einzelheiten über die Wahl dieses Zeugen zum Aufsichtsratsvorsitzenden der von seinem Vater mit begründeten Favag lassen erlernen, daß er der Kandidat des allmächtigen Generaldirektor Dumde war, weil er diesem wegen seiner Abhängigkeit und Freigebigkeit besonders geeignet erschien.

Wie hörig dieser Aufsichtsratsvorsitzende seinem Generaldirektor gegenüber war, geht z. B. daraus hervor, daß er sich nicht erinnern will, daß Dumde ihn einmal angesehen hat.

„Sie werden das nicht prüfen, sondern akzeptieren!“ und als Beweis für die Unwahrscheinlichkeit dieses Vorfalles anführt: „Dumde hätte ja eine Unterredung nicht angefangen, und es dann einfach fallen gelassen.“ Also, Dumdes Wille war höchstes Gesetz.

Ein anderer Mark hat Hoff dem allmächtigen Dumde in aller Bescheidenheit die klaffenden Worte erwidert:

„Man wird doch noch etwas tragen dürfen!“

Hinter dem Rücken dieser Gruppe wurden die Betrügereien Dumdes und seiner Helfershelfer verübt. Daß in den Büchern Duhens von fingierten Konten geführt wurden, konnte der Aufsichtsratsvorsitzende nicht wissen, weil ihm diese

Prüfung nie vorliegt.

Die Bilanzprüfung bei der Favag wurde nach der Bestimmung Hoff's außerordentlich oberflächlich vorgenommen. Die Sitzungen begannen um neun oder zehn Uhr vormittags. Generaldirektor Dumde gab seinen Bericht, einige Anwesende stellten Fragen, die Dumde beantwortete. Um ein Uhr ging man zum gemeinsamen Mittagessen. Altes wurden, wie der Sachverständige durch eine Zeitschönfrage ausdrücklich festgestellt, niemals eingesehen. Es war schon so, wie ein Beisitzer demzufolge bemerkt: „Praktisch be-

stand also die Tätigkeit des Aufsichtsrats in der Bestimmung von Vertrauen in den Vorstand.“

In der Dienstags-Nachmittags-Sitzung wurde insbesondere der Bereinigung der Favag mit der Versicherungsgesellschaft „Deuffler-Klobb“ beprochen. Auch hier wurden sehr hohe Sondervergütungen gezahlt und zwar an fünf Direktoren je 10 000 Mark, an drei Direktoren im ganzen 38 736 Mark. Begründet wurden diese Zahlungen mit

„der großen Freude“ über die geprüfte Fusion. Zwei der Direktoren erhielten 10 000 Mark, obwohl sie an den Fusionsverhandlungen in keiner Weise beteiligt waren, sondern „lediglich einen Anreiz erhalten sollten, um sich in der angebotenen Gesellschaft ihren Sparten eifriger zu widmen.“

Vorsitzender: „Herr Schumacher, warum nahmen Sie das Best?“ — Angeklagter Schumacher: „Weil man es mir gab mit der Genehmigung des Vorstands und des Aufsichtsratsvorsitzenden meiner Gesellschaft.“

Die Herren Dumde, Bester und Andler haben ohne Wissen ihrer Mitdirektoren Schumacher und Andler zusammen 38 736 Mark Vergütung erhalten, weil sie „herbeigekommen an der Fusion mit dem Deutschen Lloyd beteiligt waren. Direktor Wädje erklärte, daß ihm diese 38 000 Mark völlig aus dem Gedächtnis entfallen würden. Er müsse sie jedoch erhalten haben, da er sie ja quittiert habe. Er hat übrigens auch die Beträge für Dumde und Bester mit quittiert und früher mit ihnen geteilt.

Vorsitzender: „Warum herrschte denn besonders Freude über diese Fusion?“ — Angeklagter Schumacher: „Bogen des großen Bereinigungsplans für die Favag.“ — Vorsitzender: „Es war aber wohl nicht nötig, diese Freude durch beratig große Extravergrütungen zu erhöhen.“ (Heiterkeit.)

Die Verhandlung wird am Donnerstag-Vormittag seliggeht.

## Arbeiter, Angestellte u. Beamte!

Berücksichtigt bei Euren Einkäufen die inserierenden Firmen unserer Zeitung!

## Die Medaille der Reichsregierung wird — Kathreiner verliehen!

Die 2. Internationale Hygieneausstellung in Dresden hat eben ihre Pforten geschlossen. Vieles Neue, Wunderbare hat die Wissenschaft und die Industrie uns gezeigt — sehr vieles... Die höchste Auszeichnung aber, die Medaille der Reichsregierung, wurde Kathreiner verliehen, unserm guten alten Kneipp-Malz-Kaffee. Wie hätte sich Kneipp darüber gefreut — der Erfinder des Kathreiner, der unvergessliche Vorkämpfer der modernen Ernährungslehre...

## Geheimnis einer Frau

Roman von Hellmuth Unges

12. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Sie spielte mit ihm. Ob ich dich auch liebe, fragst du nicht? „Bürdest du antworten?“ „Wann?“ „Wenn du etwas gekauft hast, was ich von dir verlange.“ „Ist es schwer?“ „Es kommt darauf an. Es ist etwas, was ich selbst nicht vermöchte.“ „Sag mir's, Seanne!“ Ihre Stimme kam fremd durch den Raum. „Dieser Bezwungen darf doch nicht leben, wenn ich dich lieben soll!“ „Du bist wohlfinnig!“ „Wellest. Ist's zuviel, was du tun sollst?“ „Niemals.“ Sie lachte wieder. „Hörst du, Adrian! Wie leicht man dich doch erschrecken kann.“ „Es war Scherz?“ „Du bist? Wie ein Kind bist du, das jedes Märchen glaubt.“ „Was du für Einfälle hast!“ „Hast du die Steine schon verkauft, Adrian?“ „Nein.“ „Wann?“ „Morgen.“ „Warte nicht länger, sonst reißt ich ohne dich. Ich kann nicht bleiben. Über betrittst du mich?“ „Wir müssen Ged haben, Seanne!“ „Ja, Ja.“ „Morgen abend sind wir über die Grenze. Wohin?“ — „Wir ist's gleich.“ „Darf ich bei dir bleiben, Seanne?“ „Ja. Ich brauche dich doch!“

### Siebzehntes Kapitel.

Der alte weißbärtige Goldschmied prüfte den Brillant durch die Lupe. Für Adrians Ungebud brauchte er viel zu viel Zeit.

Er zögerte wohl auch nicht ohne Absicht. Er sah den fremden Kunden zu misstrauen. Adrian empfand das, aber er war ratlos. Dies war das dritte Juwelergeschäft, das er betrat. Im ersten hatte er nicht den Mut gefunden, einen von Jaumes Steinen zum Verkauf anzubieten. Er ließ sich einige Gegenstände aus Silber zeigen, Büchsen, eine Schale, Fingerhüte, wählte bedächtig und besah sie. Als er den Laden verlassen hatte, ärgerte er sich über seine Feigheit. Es war doch kein Diebstahl! Jaume hatte ihn versichert, daß die Steine ihr Eigentum waren, aber er glaubte ihr nicht mehr. Das war es. Und so schloß er sich unsicher, weil er kein gutes Gewissen hatte. Im zweiten Laden bot er einen der kleinen Diamanten an, von dem ein Karat, und erzählte, dem Geschäftsinhaber eine reich ererbte Geheißige, weshalb er sich veranlaßt sähe, den Stein zu verkaufen.

Es glückte. Glücke gerade wunderbar. Der Juwelier hörte taum auf seine Worte. Sie interessierten ihn nicht und es gab keine Begründung, die man ihm noch nicht vorgetragen hatte. Nur dem Stein schenkte er Beachtung.

„Was wollen Sie dafür haben, mein Herr?“ „Ich richte mich nach Ihrer Schätzung.“ „Der Stein hat einen kaum fassbaren Riß, ist also nicht vollwertig. Ich könnte Ihnen achthundert Franken dafür geben.“

Adrian nickte. „Wenn Sie einverstanden sind? Dann bitte ich, mich diesen Revers zu unterschreiben!“

Es war eine gedruckte Erklärung, daß der Stein rechtmäßiges Eigentum des Verkäufers war.

Adrian unterschrieb. Einen Augenblick nur zögerte die Feder. Sollte er seine richtige Adresse angeben. Es war besser, aus dem Unbekanntsein nicht herauszutreten.

Er erzählt über seine Zustimmtheit, den Namen des Barons sich anzuweisen, der dem Goldschmied doch bekannt sein mußte. Er hatte einem unbewachten Zmange nachgegeben. Rußig vollendete er das Wort. So, Da stand es.

„Und noch Ihre Adresse, mein Herr.“ „Ich bin heute morgen erst angekommen und weiß noch nicht, in welchem Hotel ich wohnen werde.“ „Es ist nicht so wichtig, welchen Namen Sie angeben. Nur der Ordnung wegen.“

Und er häuterte ihm acht Banknoten auf die Glasplatte des Verkaufstisches.

„Bahnhofsbotel.“ „Bitte.“

Mit einer höflichen Verbeugung war er verabschiedet.

Wie töricht, wie dumm er doch gewesen war! Was müßten ihm die achthundert Schweizer Franken! Er hätte ebenso leicht auch den großen Stein verkaufen können. Statt dessen begnügt er sich mit diesem Lumpengeschäft. Jaume würde ihn verpöhlen, wenn er es ihr erzählte. Dem Juwelier nachträglich auch noch den anderen Stein anbieten, bedeutete seinen Ruin ausmachen. Zum Glück gab es in Zürich Juwelere genug. Weshalb sollte es nicht auch zum zweitenmal glücken!

Adrian fühlte, wie ihm langsam das Blut in die Schläfen ries und wie sein Herz stark zu pochen begann.

Der Alte da war ein Fuchs. Er tat wohl nur so, um Zeit zu gewinnen, wie er den vermeintlichen Käufer überführen könnte.

„Es werden uns viele Steine angeboten, mein Herr.“ „Gewiß.“

„Sellen ein so ausgefallenes. Zweieinhalb Karat vom reinsten Wasser. Brachtwoll! Geht'st war er noch nicht?“ „Meines Wissens nicht.“

„Ihr Eigentum?“ „Nein. Er gehört einer unverheirateten in Not geratenen Dame, die mich hat... Sie verstehen?“

Der Juwelier wurde ein wenig freundlicher. Sein Mißtrauen schwand.

„Ich werde Ihnen den vollen Wert zahlen, wenn ich ihn laufe. Gilt hat es wohl nicht?“

Wieder folgte eine hinterlistige Frage, die man nur mit neu besonnenen konnte, wenn man sich nicht verächtlich machen wollte. Wieviel Tage brauchte der Mann dem Bedienten?

„Ich möchte die Angelegenheit gern heute noch erledigt wissen.“ „Lassen Sie mit den Stein hier! Ich werde Ihnen am Nachmittag sagen können, ob ich ihn laufe. Ich möchte meinen Teil haben fragen.“

„Gut.“ Ohne eine Quittung zu fordern und als wäre dies Vertrauen einem Goldschmied gegenüber selbstverständlich, ließ Adrian den Stein zurück. Als das Glöckchen auf der Tür hinter ihm ertönte, wußte er, daß er nicht zurückkommen würde. Seine Wan-



# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 50 Pfennig. Erhalten wöchentlich samstags und am Freitag, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Post-Bezirk G. m. b. H. G. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaftl. Berichterstattung: Fritz Wittenberg, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Redakteur u. Korrespondent Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonne oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfach 4526, Wernigerode 30. Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 246

Mittwoch, den 21. Oktober 1931

6. Jahrgang

## Gemeindenot.

### Die kommunalen Spitzenverbände legen ihre Finanzlage dar.

Alle kommunalen Spitzenverbände haben sich am Dienstag zum ersten Male zum gemeinsamen, am Berlin gemeinsam von Vertretern der Presse, ausführenden über die Not der Kommunen und der Kommunalverbände zu machen.

Die Finanzpolitik des Reiches hat während der ganzen Zeit, in der man mit Notverordnungen regiert, zweifellos den Fehler gemacht, ihren Blick ohne Rücksicht auf die Haushalte der Länder und Gemeinden zu richten zu wollen. Die Folge mußte sein, daß der mühsam erzielte Ausgleich im Reichsstatut durch die finanzielle Situation bei den Ländern und Gemeinden wasserlöslich gemacht wird. Vor dieser Zeit wurde das Reich bereits vor einem Jahre. Vor dieser Zeit wurde es auch heute. Das Reich leugnet nicht, daß die

Gemeinden mit der Sorge für die Wohlfahrtsverbände die Hauptlast der Krise tragen. Der Reichsfinanzminister hat deshalb in der letzten Notverordnung für die Zwecke der Wohlfahrtsverbände einen Betrag von 170 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, der sich durch einen weiteren Betrag von 60 Millionen Mark, über den die Gemeinden nach der Juni-Notverordnung verfügen, auf 230 Millionen Mark steigert.

Mit diesen 230 Millionen Mark müssen die Gemeinden nach Ansicht des Reichsfinanzministers über den Winter kommen. Die Gemeinden behaupten, daß das nicht geht und machen auf Grund neuer finanzieller Bestimmungen der Gemeinden und Gemeindeverbände folgende Rechnung auf:

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat die Unterhaltungsdauer in der Arbeitslosenversicherung um 6 bzw. 4 Wochen gekürzt. Diese Verkürzung der Unterhaltungsdauer in der Versicherung bedeutet für die Gemeinden insgesamt eine Belastung von rund 30 Millionen Mark. Die letzte Notverordnung gibt den Ländern auch die Möglichkeit, die Landesbeschlüssen (Verordnung mindestens der halben Erparnis aus der Kürzung der Staatsbeamtenbezüge zur Erleichterung der gemeindlichen Wohlfahrtsarbeiten) nicht weiter zu gewähren. Das bedeutet eine Verschärfung der Gemeindefinanzlage um mindestens 70 Millionen Mark. Wenn gegenüber der bisher zum Teil Mittel aus dem kommenden Wohnbauanteil aus der Haussteuer für gemeindliche Finanzzwecke zur Verfügung stellen, ermächtigt daraus den Gemeinden keine nennenswerte Erleichterung, weil diese Mittel schon in der abgelaufenen Bauzeit verausgabt und festgelegt worden sind. Dazu kommt eine

Steigerung der Wohlfahrtsverbänden in diesem Winter. Die Gemeinden rechnen damit, daß die Zahl der Wohlfahrtsverbänden mindestens 1,7 Millionen betragen wird. Demnach ist die durchschnittliche Wohlfahrtsverbändenzahl in diesem Winter auf 1,5 Millionen zu beziffern. Die Mehrbelastung daraus wird voraussichtlich 40 Millionen Mark betragen. Andererseits fällt der

**Rückgang der Gemeindefinanz**  
an. Nach dem heutigen Stand der Dinge ist nach den Schätzungen der Städte damit zu rechnen, daß allein bei den Ueberweilungssteuern mit einem Rückgang von 140 Millionen Mark — man schätzte ursprünglich auf 100 Millionen Mark — zu rechnen ist. Das Gemeindefinanz ist aber die Reichsregierung den Verzichtigen der Städte, in der sogenannten gehobenen Fürsorge einen Leistungsabbaub vorzunehmen, nicht gefolgt. Die Gemeinden und Gemeindeverbände müssen dabei auf eine Erparnis, die sie auf 25 Millionen Mark veranschlagen, verzichten.

Man muß leider geteilt, daß die Schätzungen der Städte den tatsächlichen schon entsprechen werden. Demnach hätte das Reich den Städten 230 Millionen Mark für die Wohlfahrtsverbände zur Verfügung zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen der Reichsregierung und die Wirtschaftsentwicklung belassen aber die Städte mit einer Summe von 205 Millionen Mark. Für die Städte bleibt also nicht viel übrig. Dazu ist zu berücksichtigen, daß schon am 1. April 1932 eine neue Mehrbelastung durch die

**Senkung der Haussteuer**  
eintritt. Das ist die Bekräftigung der Medaille. Man hat so viel nach einer Senkung der Haussteuer gerufen, ohne sich ein Bild darüber zu machen, wie sich die Senkung der Haussteuer finanziell auswirken wird. Wenn man den Haussteuern unbedingt ein Gehalt geben will, muß man sich darüber klar werden, wie man dieses Gehalt bezahlt.

Angesichts der ganzen Entwicklung berufen sich die Organisationen der Städte und Gemeinden darauf, daß das Reich die finanzielle Entlastung, die es zugesagt hat, ungenutzt gelassen hätte. Wie die Gemeinden alle Kräfte angespannt hätten, um die Arbeitslosen zu ernähren, so müßte das Reich das tun. Insbesondere empfiehlt der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Luert, die

Vereinheitlichung in der Arbeitslosen- und Arbeitslosenfürsorge. Er ermahnt daraus eine Erparnis von über 100 Millionen Mark.

## Vom Braunschweiger Kriegsschauplatz

Der Verantwortliche.



Nazi-Minister Gloger.

### Was tut Gloger?

Der Reichsinnenminister hat in Sachen Braunschweig bisher eine Entscheidung nicht gefällt. Es ist jedoch zu erwarten, daß er die künftigen Vorgänge in Braunschweig zum Anlaß einer Maßnahme nehmen wird, von der das ganze Reich betroffen wird. Aber auch über diese, durch Notverordnung zu verbindende Maßnahme wird die Entscheidung erst fallen, wenn der schriftliche Bericht der braunschweigischen Regierung über die Vorgänge in Braunschweig im Reichsinnenministerium eingegangen ist. Der Bericht wird für Mittwoch erwartet.

Der Bericht des Standortkommissars. In der Zwischenzeit hat der Reichsinnenminister den Standortkommissar in Braunschweig, Oberst Geyer, zu einem mündlichen Bericht aufgefordert, der später schriftlich niedergelegt wurde. Wenn man diesem Bericht Glauben schenken soll, dann hätten sich am Sonntag nur Engel in Braunschweig verammelt, denn

nach Geyer ist das Nazi-Theater völlig „diszipliniert“ verlaufen. Darüber hinaus berichtet Geyer:

Auf der einen Seite, nicht von der N. S., wurde teil zum Wesen zu geworden diese An- auch auf Häu- Fensterheben tofe- Montag im ganzen so ist das auf die Tag und auf g zurückzuführen. der Dinge in keinem re Refer geteilt aus nehmen.

Mörder des Arbeit- Plauen, nach einer D.M.P. angehöre. Am ist in Hamburg ge-

hmel wohnte Hit- zählten dort der ehen burgs Friedrich an Waldeck und bern Hiller und der Diefront ist ebenfo

hüttel.

In der Nacht zum Dienstag und ein Demonstrations kam es in Wolfenbüttel, das immer noch eine Nazi-Kaserne beherbergt, zu schweren Schlägereien zwischen Arbeitern und Nationalsozialisten. Es fielen mehrere Schüsse. Mit Jambalaken, Knütteln und Stab- ruten wurde gekämpft. Die Polizei mußte von der Schutzwehr Gebrauch machen. Auf beiden Seiten gab es mehrere Verletzte.

## Der mandchurische Konflikt.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Shanghai, Mitte Oktober. (Eig. Draht.)

Angesichts der formellen Bereitwilligkeit Japans und Chinas, die Austragung des mandchurischen Streitfalls der Schiedsgerichtsbarkeit des Völkerbundes zu unterwerfen, sucht das West- und Südwesten im Fernen Osten weiter. Es besteht unzweifelhaft nicht die Gefahr, daß der Konflikt in einem trügerischen Zufallsentscheidungs ausartet, aber es hat sich doch erwiesen, daß die Autorität von Genf nicht so weit reicht, um das Ausbrechen von Feindschaften durch einen Waptspruch zu verhindern. Der mandchurische Fall ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr die Methode des Völkerbundes für jenseits des europäischen Kreises lediglich Kompensationen reifenfallsbedürftig ist.

Eine Betrachtung der Verhältnisse in der Mandchurei führt zur Feststellung, daß die Spannung zwischen den beiden großen Mächten des Fernen Ostens tiefe Gründe hat und nicht einfach am grünen Tisch aus der Welt geschafft werden kann. Wenn der Brandherd gelöscht werden soll, dann sind andere und stärkere Mittel als die der reinen Diplomatie nötig, weil die mandchurischen Differenzen wirtschaftliche und soziale Ursachen haben. Sinter der wirtschaftlichen Beziehungen gegen die japanischen Rechte in der Mandchurei steht die Erbsitzung eines Staates, das sich durch politische Künstler in seinen natürlichen Rechten und in seiner natürlichen Entwicklung benachteiligt fühlt. Rangs der von den Japanern betriebenen südmandchurischen Eisenbahn, die sich von Dairen bis nach Chachin zieht, stoßen die Welt des Ostens besehenden Ideen hart aufeinander. Japan spielt hier die Rolle des

Wachmittels erzwingen werden sind auch mit Hilfe militärischer Machtmittel künstlich aufrecht erhalten werden, während chinesische Arbeit die Mandchurei aus einer Einöde zu einem dicht besiedelten Lande mit wachsender Bedeutung für die Weltwirtschaft gemacht hat. Obwohl Japan seit ein halbes Jahrhundert im Besitz dieses wertvollen Staates Erde ist, das nicht vor seinen Interessen und an der Grenze seines voranschreitenden Welches auf dem asiatischen Festlande liegt, hat es sich darauf beschränkt, dort mit europäischer Kolonialpolitik entsetzten Methoden zu arbeiten. Japaner sind die Befürworter der reichen Bodenfläche, der industriellen Unternehmungen und Kaufleute, die das chinesische Proletariat mit allen Bedürfnissen bis hinunter zum Kaufschiff verloren. Dagegen haben sich Japaner in nennenswerter Zahl weder als Bauern noch als Arbeiter angeworben vermocht, weil sie in die mühselige ihrer Heimat nach das nördliche Klima der Mandchurei nicht vertragen.

Seit dem Ausbruch der inneren Kriegen im Reich der Mitte hat sich von China her eine der merkwürdigsten Bevölkerungsbewegungen des 20. Jahrhunderts vollzogen. Millionen von Chinesen haben ihre Heimat in den nördlichen Provinzen des Landes verlassen, hundertaufende von ihnen sind am Wege umgekommen, aber ein Teil ist doch ins Ziel gelangt und hat sich in der Mandchurei eine neue Existenz aufgebaut, für die er die Mittel durch den Verkauf seiner arbeitsfähigen Hände und häufig sogar durch den Verkauf seiner aufgebracht hat. Mit der Konsolidierung des chinesischen Elements haben sich die Reibungsflächen zwischen der japanischen Oberfläch und den Zuwanderern vergrößert, weil Japan seinen anderen Ausweg kennt, als sich des von unten her kommenden Drucks durch Gewaltmittel zu erwehren. Japan blickt vertraglich dafür eine neue Existenz aufzubauen, für die er die Mittel durch den Verkauf seiner arbeitsfähigen Hände und häufig sogar durch den Verkauf seiner aufgebracht hat. Mit der Konsolidierung des chinesischen Elements haben sich die Reibungsflächen zwischen der japanischen Oberfläch und den Zuwanderern vergrößert, weil Japan seinen anderen Ausweg kennt, als sich des von unten her kommenden Drucks durch Gewaltmittel zu erwehren. Japan blickt vertraglich dafür eine neue Existenz aufzubauen, für die er die Mittel durch den Verkauf seiner arbeitsfähigen Hände und häufig sogar durch den Verkauf seiner aufgebracht hat.

Die südmandchurische Eisenbahn wird von den Chinesen völlig sabotiert, so daß sie allmählich aus einem Gewinn-Unternehmen in ein mit dauernden Schwierigkeiten ringendes Verlustobjekt zu werden beginnt. Zu diesem Zwecke ist gegenüber von Dairen ein chinesischer Bahnhalt durch eine Verleumdung verbunden ist. Beim Verlassen des Hafens von Dairen werden die japanischen Produkte von den lokalen Behörden mit doppelten Zöllen belegt, wobei sie am Ort ihrer Bestimmung Konturrenzunfähig werden. Ueberfälle auf isolierte Japaner sind an der Tagesordnung. Mit unverkennbarer Wut macht die chinesische Polizei Jagd auf forensische Verletzungen der japanischen Regierung, während mandchurische Streitkräfte vollkommene Hilflosigkeit erklärte sich die chinesische Regierung für machtlos und drückte ihr Bedauern über die Verletzungen des Vertrages aus.

Der japanische Stolz dem machtlosen Chinesen gegenüber wird durch diese ewige Politik der Radefische aus Tiefste vererbt, aber ein wirtschaftliches Mittel gegen die chinesische Abwehrpolitik hat sich bisher noch nicht finden lassen. Die Gewissheit wird immer größer, daß die einst für Japan so viel versprechende Mandchurei zu einem Passivposten in der japanischen Rechnung werden wird. Die japanische Schuld ist gleichzeitig mit einer Wunde empfindlich, mit der ein Haufe von 350 chinesischen Soldaten eine Brücke der südmandchurischen Bahn nördlich von Mauden in die Luft ge-